



EUROPAWAHL 2014

Libérale Argumente für Europa.

EUROPAWAHL 2014

Liberales Argumente für Europa.

Redaktion und Koordinierung:
Diana Gierstorfer und Dr. Ellen Madeker

Unter Mitwirkung von über
30 ehrenamtlich engagierten Mitgliedern der
Auslandsgruppe Europa der FDP.

Eine namentliche Aufstellung finden Sie auf Seite 114.



Vorwort	4
Der Vorstand stellt sich vor	6
Auslandsgruppe Europa der FDP Wer wir sind	8
Das braucht Europa! Auszug aus dem Programm der FDP für die Wahl zum Europäischen Parlament 2014	10
Unsere liberale Familie in Europa Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)	13
Ein funktionierendes Europa Das ALDE Partei Manifest	17
Asyl- und Einwanderungspolitik	19
Außen- und Sicherheitspolitik	23
Außenwirtschafts- und Handelspolitik	26
Bankenunion Siehe Finanzmarktpolitik	
Bildungspolitik	30
Binnenmarkt	35
Datenschutz	39
Digitaler Binnenmarkt Siehe Binnenmarkt	
Energiepolitik	42
Entwicklungspolitik	44
Erasmus Siehe Bildungspolitik	
Erweiterungspolitik	47
ESM –Europäischer Stabilitätsmechanismus Siehe Finanzmarktpolitik	
EU-Haushalt	50
Finanzmarktpolitik	52

Forschungs- und Innovationspolitik	60
Galileo Siehe Weltraumpolitik	
Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	63
Gesundheitspolitik	65
Industriepolitik	67
Klimaschutzpolitik	69
Kulturpolitik	71
Landwirtschaftspolitik	73
Medien- und Netzpolitik	76
Menschenrechtspolitik	79
PKW-Maut Siehe Verkehrspolitik	
Regionalpolitik	82
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	85
Single European Sky Siehe Verkehrspolitik	
Sozial- und Arbeitsmarktpolitik	89
Strafrechtspolitik	94
Umwelt- und Naturschutzpolitik	97
Verkehrspolitik	99
Verkehrssicherheit Siehe Verkehrspolitik	
Währungsunion	105
Weltraumpolitik	108
Wettbewerbspolitik	112
Danksagung und Impressum	114

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

es herrscht Aufbruchsstimmung in der Auslandsgruppe Europa der FDP. Seit September letzten Jahres sind viele neue Mitglieder bei uns eingetreten. In London und in der Schweiz sind sogar neue Ortsgruppen entstanden. Positive Grundstimmung und frischer Wind sind die wichtigsten Bausteine für das Wiedererstarken unserer Partei. Dazu wollen wir als Auslandsgruppe beitragen – in und für Europa.

Seit Jahren geben wir vor den Europawahlen unseren „Argumentekatalog“ heraus. Ich freue mich, diese Tradition fortführen und Ihnen die Neuauflage präsentieren zu können – mit aktuellen Inhalten und in neuem Design. Über 30 ehrenamtliche Mitglieder der Auslandsgruppe haben sich dafür mit großem Engagement eingebracht. Ihnen gilt mein herzlicher Dank für die gute Zusammenarbeit.

Als Parteimitglieder mit besonderer EU-Expertise sehen wir unsere „Liberalen Argumente für Europa“ als Handreichung zum Wahlprogramm. Sie erklären, warum Europa so wichtig für uns alle ist. Und warum es entscheidend ist, dass wir wieder mit einer starken FDP ins Europäische Parlament einziehen. Von A wie Asyl- bis W wie Wettbewerbspolitik präsentieren wir in 37 Kapiteln die thematische Breite liberaler Politik.

In der heißen Phase des Europawahlkampfes setzen Sie sich, liebe Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, intensiv mit den Themen auseinander, die die Menschen in Deutschland beschäftigen. Sie suchen das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben dadurch die Chance, wieder mehr Menschen von der liberalen Sache zu überzeugen. Ich hoffe, dass Ihnen unsere „Liberalen Argumente“ dabei eine konkrete, praktische Hilfe sind. Bewusst haben wir beim Schreiben auf unkomplizierte Formulierungen und anschauliche Beispiele geachtet.

Liberaler Politik bietet Antworten auf Fragen in allen Lebenslagen. Sie muss daher Frauen wie Männer gleichermaßen ansprechen. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Umso größeren Wert haben wir auf geschlechtersensible Sprache gelegt.

Mit der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) stellen wir Ihnen unsere liberale Parteifamilie in Europa vor. Europa wächst zusammen und es lohnt sich, europäisch zu denken: In Brüssel kann die FDP nur erfolgreich sein, wenn sie sich mit liberalen Parteien anderer Mitgliedsländer verbündet. Umgekehrt gilt: Eine einflussreiche ALDE gibt es nur mit einer starken FDP.

Viel Freude und Erfolg mit unseren „Liberalen Argumenten für Europa“ wünscht Ihnen Ihre

Dr. Ellen Madeker
Vorsitzende
Auslandsgruppe Europa der FDP



DR. ELLEN MADEKER
Vorsitzende

Jahrgang 1980, Kulturwirtin und Soziologin,
seit 2011 Vorsitzende.

ellen.madeker@fdp-europa.eu



CLAUS-PETER APPEL
Stellvertretender Vorsitzender

Jahrgang 1959, Jurist,
seit 1992 mit Unterbrechungen in
verschiedenen Funktionen im Vorstand,
seit April 2005 stellv. Vorsitzender.

claus-peter.appel@fdp-europa.eu



PROF. DR. FRANK HOFFMEISTER
Stellvertretender Vorsitzender

Jahrgang 1969, Jurist,
Leiter des Arbeitskreises Außen- und
Sicherheitspolitik, seit 2009 Beisitzer,
seit März 2011 stellv. Vorsitzender.

frank.hoffmeister@fdp-europa.eu



DR. TORSTEN BRAND (LL.M. eur.)
Geschäftsführer

Jahrgang 1972, Jurist,
Leiter des Arbeitskreises Innen-
und Rechtspolitik,
seit 2007 Geschäftsführer.

torsten.brand@fdp-europa.eu

MARC NAETHER
Schatzmeister

Jahrgang 1984, Jurist
marc.naether@fdp-europa.eu



DIANA GIERSTORFER
Beisitzerin

Jahrgang 1980, Amerikanistin, Politologin
diana.gierstorfer@fdp-europa.eu



DR. OLAF PRÜSSMANN
Beisitzer

Jahrgang 1966, Volkswirt,
2003-2004 Geschäftsführer,
2004-2011 Vorsitzender,
seit März 2011 Beisitzer.
olaf.pruessmann@fdp-europa.eu



SUSAN SCHNEIDER
Beisitzerin

Jahrgang 1987, Politologin
susan.schneider@fdp-europa.eu



DIE AUSLANDSGRUPPE EUROPA DER FDP

WER WIR SIND

Wir sind liberal gesinnte Bürgerinnen und Bürger, die außerhalb Deutschlands leben und arbeiten – in Brüssel, Genf, Kairo, London, Luxemburg, Moskau, Paris, Sofia und Zürich. Politisch zuhause sind wir weiterhin in der FDP und engagieren uns deshalb in ihrer ‚Auslandsgruppe Europa‘. So setzen wir uns auch fern der Bundesrepublik für die Freiheit und für Europa ein. Viele von uns verfügen auch berufsbedingt über eine besondere europapolitische Fachkenntnis. Für die Europawahlen 2014 haben wir diese umfassende Expertise im vorliegenden Argumentekatalog zusammengetragen.

Alles begann 1969 als sich Liberale, die außerhalb von Deutschland in Europa zuhause waren, zusammenschlossen, um den europäischen Gedanken stärker mit Leben zu füllen. Sie wollten sich auch fern der Heimat politisch engagieren und gründeten die Auslandsgruppe Europa der FDP (AGE). Viele der ersten Mitglieder waren bereits damals bei den europäischen Institutionen beschäftigt und so profilierte sich die Gruppe von Anfang an mit ihrer besonderen Europaexpertise. In der Auslandsgruppe kommen seither politisch denkende Menschen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands und mit den verschiedensten beruflichen Hintergründen zusammen. Sie alle eint oft viele Jahre Auslandserfahrung, der besondere Zugang zur Europapolitik und natürlich das gemeinsame Interesse für liberale Politik. Dies macht den besonderen Reiz unserer Begegnungen aus.

Als Auslandsgruppe Europa stellen wir der Partei unser europapolitisches Knowhow zur Verfügung, indem wir Positionspapiere erarbeiten, politische Inhalte durch eigene Programmanträge mit entwickeln und Veranstaltungen in unseren Gastländern organisieren. So flankieren wir auch die Arbeit der Abgeordneten im Europäischen Parlament. Dabei ist es unser spezielles Anliegen, nationale Themen in eine europäische Perspektive zu rücken. Umgekehrt helfen wir, europäische Themen in die deutsche Debatte einzubringen.



Der Vorstand der Auslandsgruppe Europa (AGE) am 19. Januar 2014 auf dem Europaparteitag der FDP in Bonn (v.l.n.r.): Dr. Torsten Brand, Diana Gierstorfer, Marc Naether, Dr. Ellen Madeker, Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Susan Schneider. Nicht im Bild: Claus-Peter Appel und Dr. Olaf Prüßmann.

Als europäische Auslandsliberale pflegen wir natürlich Kontakte zu anderen liberalen Parteien in Belgien und ganz Europa. Wir arbeiten dazu mit den Mitgliedern des europäischen Dachverbands liberaler Parteien zusammen, der Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE Partei).

Die FDP ist eine echte Europapartei. Im Vergleich zu anderen Parteien, die Ortsverbände in Brüssel haben, hat die Auslandsgruppe der FDP eine hervorgehobene Stellung in der Bundespartei. Als eine Art 17. Landesverband vertreten wir den „Wahlkreis Europa“. Das heißt zum Beispiel, dass wir als Auslandsgruppe bei Bundesparteitag antragsberechtigt sind. Dort nehmen unsere Delegierten regelmäßig stimmberechtigt teil. Außerdem haben von der Auslandsgruppe Europa benannte Mitglieder Sitz und Stimme in allen Bundesfachausschüssen und Kommissionen der FDP. Das erlaubt uns, unseren europapolitischen Sachverstand in die Programmatik der Partei einfließen zu lassen und zu verankern. Die/der AGE-Vorsitzende ist kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand und nimmt regelmäßig an dessen Sitzungen in Berlin teil. Markenzeichen der Auslandsgruppe ist schließlich unser „Argumentekatalog“ zu den Wahlen zum Europäischen Parlament, den wir Mitglieder vor jeder Europawahl in ehrenamtlicher Arbeit erstellen.

DAS BRAUCHT EUROPA!

AUSZUG AUS DEM PROGRAMM DER FDP FÜR DIE WAHL
ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2014

Europa ist ein großartiges Projekt, das für Frieden, Freiheit und Wohlstand steht. Doch viele Menschen denken heute auch an Krise, Bürokratie und Fremdbestimmung, wenn von Politik aus Brüssel die Rede ist. Diese Sorgen darf niemand ausblenden, der Verantwortung in Europa trägt. Denn Europa gewinnt seine wichtigste Rechtfertigung aus der Überzeugung der Menschen, dass es ihnen eine bessere Zukunft bringt. Für uns sind diese Sorgen daher Ansporn für ein besseres Europa, das mehr Vertrauen seiner Bürger genießt, schlanker organisiert ist und demokratischer entscheidet. Weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe und mehr Transparenz. Das braucht Europa!

Wir Liberalen wissen, was Europa geleistet hat: Nach zwei schrecklichen Weltkriegen ist Europa ein Kontinent des Friedens geworden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Europa ein Kontinent der Demokratie und der Freiheit geworden. Unser Ziel für die Zukunft ist: Europa soll ein Kontinent der Chancen werden! Wir wollen mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger in Europa gewinnen – gerade auch für die vielen jungen Menschen, die nach Arbeit und Ausbildung suchen. Mehr Tatkraft, mehr Marktwirtschaft, mehr Chancen und mehr Wohlstand für mehr Menschen. Das braucht Europa!

Wir Liberale wissen, worauf der Erfolg Europas in der Vergangenheit gründete: Achtung der Freiheit des Einzelnen, gemeinsame Wertvorstellungen, Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Mentalitäten, gesellschaftliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kreativität. Wir wollen ein Europa der Bürgerrechte, das Toleranz, Privatsphäre – ob digital oder analog – und persönliche Verantwortung respektiert und schützt. Mehr Freiheit, mehr Bürgerrechte und mehr Vielfalt. Das braucht Europa!

Wer die Realität verklärt oder die Herausforderungen der Gegenwart leugnet, der gefährdet das historische Projekt Europa. Als überzeugte Europapartei sind wir in der Pflicht, Antworten zu geben und Lösungen zu bieten. Wir dürfen und wir werden nicht den Populisten das Feld überlassen, die aus der Angst der Menschen Kapital schlagen wollen und damit die Einigung und Einigkeit Europas gefährden. Mehr Ehrlichkeit und mehr Verantwortung. Das braucht Europa!

Wir sprechen aus, was ist. Wir übernehmen Verantwortung. Wer mehr Europa will, der muss Europa zuerst besser machen. Nach 1945 stand Europa für Frieden. In den Jahrzehnten danach stand Europa für fairen Wettbewerb und wachsenden Wohlstand im größten gemeinsamen Markt der Welt. Im Jahr 1989 stand Europa für die Freiheit der Völker. Jetzt wollen wir Liberalen Europa zum Kontinent der Chancen machen. In diesem Geist wollen wir Europa gestalten und die Europäische Union erneuern. Damit wir Europäer uns gemeinsam behaupten. Damit Europas Werte, Interessen und Ideale eine Chance haben in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts. Damit mehr Chancen für mehr Menschen entstehen. Dafür kämpfen wir Liberalen in Europa!

MEHR STABILITÄT Eine neue Kultur der Stabilität und Verantwortung für Banken und Staaten. Der Finanzsektor darf nicht länger vom Steuerzahler gerettet werden. Für Staaten gibt es Hilfe nur bei entschlossenen Reformen, damit Europa zur Stabilitätsunion wird. Das braucht Europa!

MEHR WACHSTUM Eine starke Wirtschaft und solide Haushalte als Grundlage für Wachstum. Unternehmer in ihrer Kreativität und Tatkraft stärken, damit mehr Menschen mehr Arbeitsplätze und mehr Chancen bekommen. Neue Märkte erschließen, Freihandel voran bringen, Wohlstand ausbauen. Das braucht Europa!

MEHR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT Eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb setzt, die dem Mittelstand Chancen eröffnet. Gemeinsame Politik für bezahlbare Energie, digitale Wirtschaft und Investitionen in die Zukunft – in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur. Das braucht Europa!

MEHR BÜRGERRECHTE Eine Politik, die unbescholtene Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht stellt, sondern sie vor der Beobachtung und Kontrolle durch Staaten und Konzerne wirksam schützt. Eine humane Asyl- und intelligente Zuwanderungspolitik. Das braucht Europa!

MEHR DEMOKRATIE Mehr Demokratie, starke Parlamente, schlanke Strukturen. Ein starkes Europaparlament, eine starke, aber kleinere Kommission und transparente Entscheidungen. Das braucht Europa!

MEHR EIGENVERANTWORTUNG, MEHR SUBSIDIARITÄT Mehr Eigenverantwortung für die Bürger, Kommunen, Regionen und Mitgliedsstaaten. Europapolitik, die sich nur um die Herausforderungen kümmert, die Mitgliedsstaaten nicht alleine bewältigen können. Das braucht Europa!

Das braucht Europa. Und darum braucht Europa starke Liberale!

UNSERE LIBERALE FAMILIE IN EUROPA

DIE ALLIANZ DER LIBERALEN UND DEMOKRATEN FÜR EUROPA (ALDE)

Die FDP ist Mitglied in der europäischen liberalen Parteifamilie ALDE. Die ALDE Partei ist der europäische Dachverband liberaler Parteien. Sie ist eng verknüpft mit der gleichnamigen Fraktion im Europäischen Parlament. Bisher ist die ALDE-Fraktion drittstärkste Kraft und bei Abstimmungen oft das entscheidende Zünglein an der Waage. Europaweit kämpfen die Liberalen dafür, dass dies auch so bleibt. Eine starke ALDE gibt es nur mit einer starken FDP. Auch umgekehrt gilt: In Europa kann sich die FDP nur Gehör verschaffen, wenn es eine starke ALDE gibt.

ALDE PARTEI

In der ALDE haben sich 57 Mitgliedsparteien aus 38 Ländern auf der Grundlage gemeinsamer liberaler Überzeugung zusammen geschlossen. Die liberale Parteifamilie reicht dabei über die Grenzen der aktuellen Europäischen Union hinaus: 39 Parteien kommen aus 23 EU-Mitgliedsstaaten, die weiteren aus anderen Ländern wie z.B. der Ukraine.

Europaweit stärken und schützen ALDE-Mitglieder die Prinzipien Freiheit, Verantwortung und Rechtsstaatlichkeit in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Sie stehen für die Achtung von Menschen- und Bürgerrechten, für Toleranz und Marktwirtschaft.

AUFBAU UND ORGANISATION

Die ALDE Partei wurde 1976 in Stuttgart im Vorfeld der ersten direkten Wahlen zum Europaparlament von neun Mitgliedsparteien in damaligen EU-Mitgliedsstaaten gegründet. Seit 2004 verfügen die europäischen Parteien über eine eigene Rechtsgrundlage in den europäischen Verträgen.

Derzeit stehen 20 Mitgliedsparteien (16 EU-Mitglieder) in 16 Staaten (13 EU-Staaten) in Regierungsverantwortung. In Estland, Luxemburg und den Niederlanden stellen die Liberalen den Regierungschef.

Die Organisation der ALDE Partei entspricht dem Aufbau nationaler Parteien. Die Delegierten der Mitgliedsparteien treffen sich jährlich zum Parteitag, dem ALDE Congress. Dort werden Anträge beraten und der Vorstand für jeweils zwei Jahre gewählt. Der ALDE Congress verabschiedet auch das europäische Wahlprogramm, das ALDE Partei Manifest. Aktueller Parteivorsitzender ist Sir Graham Watson, Europaabgeordneter der britischen Liberaldemokraten. Er wurde im November 2013 auf dem Parteitag in London für weitere zwei Jahre bestätigt.

FÜR EUROPaweite Kampagnenfähigkeit

Als Dachverband setzt sich die ALDE Partei für die Stärkung ihrer Mitglieder ein. Es geht darum, belastbare Parteistrukturen und Kampagnenfähigkeit zu entwickeln, die für einen langfristigen Erfolg liberaler Parteien unerlässlich sind. Darüber hinaus ist die ALDE eine Plattform, um liberale Inhalte über Ländergrenzen hinweg zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Ziel ist die verstärkte Vernetzung zwischen den Mitgliedern und der Fraktion im Europaparlament.

Seit 2011 kann man direktes Mitglied der ALDE Partei werden. Die Liberalen sind damit die erste europäische Partei, die ihre Strukturen einer individuellen Mitgliedschaft über die Mitgliedsparteien hinaus eröffnet. Gerade in Ländern ohne starke liberale Partei können daraus langfristig neue Strukturen wachsen bzw. Unterstützer für Kampagnen gewonnen werden.

EUROPÄISCHE SPITZENKANDIDATEN: **GUY VERHOFSTADT UND OLLI REHN**

Erstmals in der europäischen Parteiengeschichte haben sich die fünf großen europäischen Parteifamilien entschlossen, Spitzenkandidaten für die Europawahlen 2014 aufzustellen. So auch die Liberalen. Auch wenn diese Kandidaten in den EU-Mitgliedsstaaten nicht direkt wählbar sein werden, so tragen sie doch zur Personalisierung und Europäisierung der Wahlen bei, indem sie deren transnationalen Charakter unterstreichen.

Die ALDE schickt 2014 eine Doppelspitze ins Rennen. Der frühere belgische Premierminister Guy Verhofstadt, aktuell Chef der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament und EU-Währungskommissar

Olli Rehn aus Finnland wurden am 1.2.2014 zu ALDE-Spitzenkandidaten gewählt. Dabei ist Verhofstadt Bewerber um das Amt des künftigen Präsidenten der EU-Kommission, während Rehn für andere wichtige EU-Posten auf dem Gebiet der Wirtschafts- oder Außenpolitik kandidiert.

STARKE ALDE-FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Als drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament spielt die ALDE eine entscheidende Rolle zwischen der sozialdemokratischen S&D-Fraktion und der konservativen EVP-Fraktion. Bei über 86% der Abstimmungen in den Ausschüssen und im Plenum des Europäischen Parlaments war die ALDE erfolgreich – ein Wert, der nur von der EVP übertroffen wird. (Eine tiefere Analyse ermöglicht die neutrale Website *votewatch.eu*.)

Innerhalb der ALDE-Fraktion stellt die FDP mit derzeit zwölf Abgeordneten, neben den britischen Liberal Democrats, die stärkste Delegation. Insgesamt umfasst die Fraktion 84 Abgeordnete aus 21 verschiedenen EU-Ländern: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien und Spanien. Neben den in der ALDE Partei organisierten Abgeordneten sind auch sieben in der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) organisierte Abgeordnete, etwa von MoDem aus Frankreich, Mitglied der Fraktion.

VORSITZENDER DER FDP IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT: **ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF**

Im Vorstand der ALDE-Fraktion ist die FDP durch ihren Delegationsvorsitzenden Alexander Graf Lambsdorff vertreten. Vorsitzender der Fraktion ist Guy Verhofstadt, der langjährige belgische Ministerpräsident. Durch sein Engagement für ein föderales Europa hat er große Bekanntheit erlangt, die der Fraktion zu einer stärkeren Wahrnehmung verhilft.

Kern der ALDE-Politik ist die Förderung einer liberalen, auf Verteidigung der Grundrechte und freiem Unternehmertum sowie der kulturellen Vielfalt basierenden Demokratie. Dies kommt in erster Linie in den Abstimmungen – siehe Votewatch – zum Ausdruck, aber auch durch eine Kampagne, in der die ALDE seit zwei Jahren daran arbeitet, Gesetzgebung und Fördermittel auf EU-Ebene zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmer in Europa zu beeinflussen.

Für den Europawahlkampf setzt die ALDE konsequent auf einen pro-europäischen Kurs. Dieser wurde Ende November 2013 im ALDE Partei Manifest verabschiedet – mit Unterstützung der FDP-Delegierten.

KONTAKT

ALDE Partei

Rue Montoyer 31
1000 Brüssel, Belgien
T: +32 2 237 01 40
F: +32 2 231 19 07
info@aldeparty.eu
www.aldeparty.eu
www.ivoteliberal.eu

ALDE Fraktion im Europäischen Parlament

Rue Wiertz
1047 Brüssel, Belgien
T: +32 2 284 21 11
F: +32 2 230 24 85
aldegroupp@europarl.europa.eu

EIN FUNKTIONIERENDES EUROPA

DAS ALDE PARTEI MANIFEST: GEMEINSAMES WAHLPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN LIBERALEN

Im November 2013 hat die ALDE Partei auf ihrem Kongress in London ein gemeinsames Europawahlprogramm verabschiedet. Das Manifest unterstreicht die Kernanliegen aller Liberalen in Europa, für die sie sich in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam einsetzen wollen. Im Vergleich zu nationalen Parteiprogrammen fällt es kürzer und knackiger aus. Das Original heißt: „A Europe that Works!“ Mit freundlicher Genehmigung der ALDE Partei haben wir die wichtigsten Forderungen für Sie zusammengefasst:

Die ALDE Partei ...

1. **erachtet** den weiteren Ausbau des Binnenmarktes, insbesondere des Dienstleistungssektors, als oberste Priorität. Dies würde mehr Wirtschaftswachstum ermöglichen, Innovationen befördern und die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen. Auf diese Weise möchte sie dazu beitragen, mehr Chancen und Arbeitsplätze zu schaffen.
2. **unterstützt** kleine und mittlere Unternehmen, Technologieunternehmen und die digitale Wirtschaft. Sie befürwortet den freien Wissensverkehr zwischen den Mitgliedstaaten sowie Freihandelsabkommen (z.B. TTIP). Sie ist der Überzeugung, dass Lehrabschlusszeugnisse und Universitätsdiplome über Grenzen hinweg anerkannt werden müssen.
3. **fordert** eine umfangreiche Reform des EU-Finanzsystems, bezüglich Einnahmen wie Ausgaben. Dies soll vor allem sicherstellen, dass kein Mitgliedstaat unverhältnismäßig viel beitragen muss.

4. **arbeitet** weiter hart daran, die Finanzen weiter zu stabilisieren: sie will, dass die Kriterien des Stabilitätspaktes sowohl von der Union als auch ihren Mitgliedsstaaten eingehalten werden (inkl. automatischer Sanktionen). Sie steht für die Umsetzung der Bankenunion sowie der Bankenaufsicht und -abwicklung.
5. **setzt** sich dafür ein, die Agrarbeihilfen allmählich zu verringern und diese auf die drei Säulen der Nachhaltigkeit zu stellen: Wirtschaft, Umwelt und Soziales.
6. **fordert** ein Europa, das stärker in der Welt ist und sicherer zu Hause: Die EU-Erweiterung bleibt ein wichtiges Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres gestärkt und Menschenrechte auch jenseits der Grenzen Europas geschützt werden. Sie strebt für die Union eine Vorreiterrolle in der gemeinsamen Cybersicherheitspolitik und beim Datenschutz an.
7. **unterstützt** demokratische und wirtschaftliche Reformen in unserer Nachbarschaft. Sie sieht Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich des Krisenmanagements und Potenzial in einer Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung bestehender Sicherheitsressourcen.
8. **setzt** sich ein für mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Sie schlägt daher einen Subsidiaritätscheck vor, bei dem das Europäische Parlament das Arbeitsprogramm der Kommission bewertet, um sicherzustellen, dass die Grundsätze der Subsidiarität und Proportionalität eingehalten werden.
9. **kämpft** für die Möglichkeit ineffiziente Verwaltungsstrukturen abzuschaffen und möchte alle bestehenden EU-Agenturen einem gründlichen Check unterziehen. In diesem Zusammenhang arbeitet sie auch weiterhin darauf hin, die Tagungsorte des Europäischen Parlaments auf einen einzigen Sitz zu reduzieren.
10. **befürwortet** insgesamt eine Stärkung demokratischer Beteiligungsformen in der Union mit einer stärkeren Einbeziehung des Europäischen Parlaments.

ASYL- UND EINWANDERUNGSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Die Europäische Union ist als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, für EinwandererInnen aus den verschiedensten Motiven attraktiv. Jedes Jahr klopfen Tausende an die Türen Europas: sei es, weil sie sich ein besseres Leben erhoffen, Schutz vor Verfolgung, weil sie ihren Familien nachfolgen oder auch, weil sie an hochqualifizierten Jobs in der europäischen Forschung oder Wirtschaft interessiert sind. Da die rechtskonforme Einwanderung in EU-Länder jedoch große bürokratische Hürden bereithält, bleibt die so genannte „irreguläre“ Zuwanderung unverändert stark. Jahr für Jahr bezahlen tausende Menschen in Afrika Schleuserbanden für halsbrecherische Überfahrten nach Europa. Teilweise handelt es sich um Asylsuchende, teilweise aber auch um Wirtschaftsflüchtlinge, also um MigrantenInnen, die sich ein besseres Leben, ein Stückchen Teilhabe am europäischen Wohlstand erhoffen. Immer wieder kommt es an den EU-Außengrenzen zu Unfällen und zum Tod vieler Flüchtlinge. Die EU-Staaten mit Außengrenzen sind mit der Unterbringung und Versorgung der Menschen völlig überfordert. In den Aufanglagern herrschen zum Teil katastrophale Zustände.

Gleichzeitig erfordert der demographische Wandel in Europa und der damit verbundene Fachkräftemangel dringend Zuwanderung im Sinne von Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Ländern. Ohne Zuwanderung fehlen der EU bereits in 10 Jahren 14 Millionen Arbeitskräfte. Die Zahlen für Deutschland sprechen für sich: Während heute auf 100 arbeitende Deutsche 26 Deutsche kommen, die älter als 65 Jahre sind, werden es 2050 über 50 sein. Das bedeutet, dass in Zukunft auf einen

arbeitenden Deutschen statistisch etwas mehr als ein Rentner oder Pensionär kommt. Daran wird auch die Rente mit 67 nichts Wesentliches ändern. Um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sind wir dringend auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Doch der internationale Wettbewerb um die klügsten Köpfe ist hart. Hochqualifizierte wenden sich anderen Regionen der Welt zu, weil dort die Zulassungsverfahren häufig weniger bürokratisch sind. Diese Regeln müssen dringend vereinfacht werden.

Im Oktober letzten Jahres sind innerhalb weniger Wochen zwei Boote mit Flüchtlingen vor der italienischen Insel Lampedusa gekentert. Es gab zahlreiche Tote zu betrauern, sie kamen vornehmlich aus Eritrea und Somalia. Regelmäßig ist Lampedusa tragischer Schauplatz solcher Unglücke, denn die Insel liegt vermeintlich günstig auf der kürzesten Route zwischen Nordafrika und Europa. Malta und Italien sind am meisten von den Flüchtlingsströmen betroffen. Immer wieder werden Flüchtlingsboote im Mittelmeer aufgegriffen und in (zumeist) afrikanische Transit- und Herkunftsländer zurückgeschickt. So nimmt man vielen Flüchtlingen die Möglichkeit, Asylanträge auf dem Gebiet der EU zu stellen. Manch kritischer Beobachter gewinnt den Eindruck, bei der europäischen Asylpolitik gehe es mehr um den Schutz vor Flüchtlingen als um den Schutz von Flüchtlingen. Parteien aller Couleur sind sich ausnahmsweise einig: So kann es nicht weitergehen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die EU ist keine Festung. Sie muss im globalen Wettbewerb bestehen und daher für kluge Köpfe aus Drittstaaten attraktiver werden. Zudem muss sie Verantwortung gegenüber Menschen in Notsituationen übernehmen – das darf nicht nur Aufgabe einiger weniger Mitgliedstaaten sein. Schließlich ist Asyl ein Recht und keine Gnade. Mit Blick auf die deutsche Geschichte ist das Grundrecht auf Asyl eine der wichtigsten Errungenschaften unserer freiheitlichen Grundordnung. Wir können stolz sein, verfolgten Menschen, wo immer sie auch her kommen, Zuflucht bieten zu können. Die Einhaltung von Menschenrechten und die Rettung von Menschen aus Seesnot bei allen Einsätzen von Frontex und Eurosur muss garantiert werden können.

Wir wollen, dass Europa in der Welt ein sicherer Zufluchtsort für politisch Verfolgte ist. Die FDP fordert die Schaffung eines europäischen „Grundrechts“ auf Asyl. Damit muss eine deutliche Verbesserung der Asylverfahren und Zustände von AntragstellerInnen in ganz Europa erreicht werden. Auch soll dieses Grundrecht auf Asyl und die Europäische Menschenrechtskonvention im Mittelmeerraum Anwendung finden. Flüchtlingspolitik muss in Zukunft als europäische Aufgabe verstanden werden. Dazu sollte das Dublin-II-Abkommen durch eine neue Vereinbarung mit einem europaweiten Verteilungsschlüssel ersetzt werden, um eine solidarische und menschenrechtskonforme Verteilung von AsylbewerberInnen in der EU zu gewährleisten.

Für die Berechnung zur Verteilung der Asylsuchenden in der EU sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der Zuweisung sollen aber auch Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden, um die Integration zu unterstützen.

Der Fall Edward Snowden hat gezeigt, dass es Situationen geben kann, bei denen einzelne Länder massive wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten befürchten müssen, wenn sie Asyl gewähren. Hier sollte die Europäische Union in die Lage versetzt werden, stellvertretend für die Mitgliedstaaten offiziell Asyl anzubieten. Die aufnehmenden Mitgliedstaaten können sich somit in besonderen Einzelfällen der Solidarität aller Mitgliedstaaten Gewiss sein.

Wir brauchen eine moderne, intelligente und unbürokratische Einwanderungspolitik der EU, damit qualifizierte FacharbeiterInnen oder Studierende aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit haben, zu uns zu kommen. Die bisher angestoßenen Initiativen wie ein europaweites kriterienbasiertes System zur gesteuerten qualifizierten Zuwanderung müssen umgesetzt werden. Um Arbeitsmigration und Asylpolitik miteinander zu verzahnen, sollten Vorprüfungen im Rahmen von Asylverfahren eingeführt werden, die Asylsuchenden ggf. im Ergebnis eine andere Möglichkeit der legalen Einreise in die Europäische Union eröffnen.

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Europa sollte nach außen geschlossen auftreten, um unsere Werte und Interessen effektiv verteidigen zu können. Deshalb fällt z.B. die Handels- und Außenwirtschaftspolitik in die Zuständigkeit der Union, wo sie von der Kommission international vertreten wird und sowohl gegenüber wichtigen Handelspartnern als auch in der Welthandelsorganisation einheitlich agiert.

Im Gegensatz hierzu ist es bei der klassischen Außenpolitik erforderlich, dass sich die Mitgliedstaaten der EU auf gemeinsame Positionen einigen. Soweit dies der Fall ist, tritt die EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf. Ihre Positionen werden durch den/die Hohe/n Vertreter/in und den neu geschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) weltweit diplomatisch vertreten. Die EU kann sich somit in wichtige Verhandlungen einbringen, vom Balkan bis zum Nahen Osten, von der Ukraine bis zu den USA. Hierbei wird versucht, dass andere EU-Politiken die GASP verstärken und untermauern. Dies gilt etwa für die Handels- und die Entwicklungspolitik und umfasst Fragen der Energiesicherheit, Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt oder die Visafreiheit.

Gleichzeitig krankt die GASP nach wie vor an einigen grundsätzlichen Konstruktionsschwächen. Obwohl der/die Hohe Vertreter/in seit dem Lissabon-Vertrag auch Vorsitzende/r des Außenministerrates und Vizepräsident/in der Kommission ist, erschwert es das Erfordernis der Einstimmigkeit im Ministerrat oft, klare und schnelle Entscheidungen zu fällen. Die EU als globaler wirtschaftlicher Akteur muss aber schneller handlungsfähig sein, um flexibler und wirksamer auf

außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren zu können. Auch das Europäische Parlament hat wenig Einfluss auf die Gestaltung der europäischen Außenpolitik. Die Fragmentierung der europäischen Außenpolitik schwächt Europa im globalen Konzert der Mächte. Die europäische Stimme Gewicht wird nur erlangen, wenn wir bei globalen Fragen - sei es beim Umweltschutz, beim Datenschutz, bei den Menschenrechten oder in Rüstungskontrollfragen - geeint auftreten und uns nicht von Dritten auseinander dividieren lassen. Nur wenn es uns gelingt, auch zu den streitigen Fragen im passenden Moment eine europäische Antwort zu geben, wird man uns als Friedensmacht ernst nehmen. Nur wenn wir unseren Anspruch durch Einigkeit untermauern, wird Europa die globale Verantwortung übernehmen können, die es von sich selbst erwartet, die aber auch von vielen Menschen in der Welt gefordert wird.

Durch eine geschlossene gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik können wir Europa zu einem erfolgreichen Modell machen, das Vorbild und Inspiration für all jene ist, die noch in Unfreiheit leben. In allen größeren Krisen der letzten Jahre (Libyen, Mali, Syrien) war die EU jedoch gespalten, die Verhandlungsmacht Europas geschwächt. Nur bei den Atomgesprächen mit dem Iran sowie bei der Annäherung zwischen Serbien und Kosovo ist es Lady Ashton gelungen, im Namen der EU mit Erfolg zu verhandeln. Nach dem „Arabischen Frühling“ hat die EU ihre Nachbarschaftspolitik nach dem Prinzip „more for more“ verstärkt und den Übergang zur Demokratie in dieser Region unterstützt. Mit den Partnerländern der östlichen Partnerschaft (Ukraine, Georgien, Moldau, Armenien) wurden Assoziierungsabkommen ausgehandelt; allerdings hatten sich zwei Partner unter dem massiven Druck Russlands dazu entschlossen, diese Abkommen vorerst nicht zu paraphieren (Armenien) bzw. zu unterzeichnen (Ukraine).

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Der/die Hohe Vertreter/in und sein/ihr Dienst müssen in ihrer Führungsrolle im Bereich der europäischen Außenpolitik gestärkt werden. Der EAD ist eine neue Institution, der den/die hohe Vertreter/in in ihrer Funktion, die Außenpolitik der EU so gut wie möglich zu koordinieren, unterstützen soll. Praktisch handlungsfähig ist er/sie jedoch nur dort, wo Konsens unter den Mitgliedstaaten herrscht sowie im Auftreten nach außen durch die ihm/ihr unterstellten Botschaften der EU. Der/die Hohe Beauftragte soll für das gesamte Außenhandeln der EU die koordinierende Verantwortung tragen, also auch für die Nachbarschafts- und die Erweiterungspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit. Eine stärkere Abstimmung mit den zuständigen Kommissaren ist auch erforderlich für die humanitäre Hilfe, den Außenhandel sowie die externen Dimensionen interner Politiken wie Umwelt, Energie, Migration und Asyl. Um seinen/ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, braucht er/sie politische Stellvertreter. Gleichzeitig könnten die EU-Botschaften in vielen Ländern auf Wunsch auch Aufgaben nationaler Botschaften übernehmen. Dies würde zu Einsparungen in den nationalen Haushalten führen.

Bisher gilt, dass bei außenpolitischen Fragen im Ministerrat einstimmig entschieden werden muss. Langfristig streben wir an, dass die qualifizierte Mehrheit ausreicht. Außerdem muss das Europäische Parlament mehr Möglichkeiten erhalten, die außenpolitischen Strategien und Missionen der Union mitzugestalten und zu kontrollieren. Schließlich wollen wir, dass das Amt des/der Hohen Vertreters/in gestärkt und durch eine liberale Führungspersönlichkeit besetzt wird. Sollten der Präsident des Europäischen Rates, der Kommissionspräsident und der Präsident des Europäischen Parlaments aus den Parteifamilien der Christ- und Sozialdemokraten gestellt werden, so wäre es angemessen, das Amt des/der Hohen VertreterIn liberal zu besetzen. Dies gilt insbesondere, wenn die europäischen Liberalen wieder als drittgrößte Kraft aus den Wahlen hervorgehen.

AUSSENWIRTSCHAFTS- UND HANDELSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Jahre nach dem großen Bankencrash ist die weltweite Wirtschaft immer noch von der Krise gezeichnet. Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, Familien müssen in ihrer Lebensplanung zurückstecken. Europa kämpft um seine Stellung im globalen Wettbewerb. Die EU hadert mit der Staatsschuldenkrise, die Stabilität des Euro steht in Zweifel. Wichtige Fragen sind daher, wie wir in diesen schweren Zeiten Europas Führungsrolle in der internationalen Wirtschaft halten können. Wie können europäische Innovationen auf dem Weltmarkt wieder zur Geltung kommen? Und schließlich: Wie können wir weltweit neue Märkte mit hochwertigen und zukunftsweisenden Produkten entwickeln?

Im Fokus der europäischen Handelspolitik steht aktuell das Projekt einer transatlantischen Freihandelszone mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die in den Medien immer wieder verwendete Abkürzung „TTIP“ steht dabei für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“.

Wir sind überzeugt, dass die europäischen BürgerInnen von einem offeneren US-Markt sehr profitieren würden. Gleiches gilt für unsere heimische Wirtschaft, denn in der gesamten EU gibt es zahlreiche wettbewerbsfähige Firmen, die Waren und Dienstleistungen von hervorragender Qualität produzieren. Für die Verhandlungen mit unseren amerikanischen Partnern ist wichtig, dass wir unsere Vorteile gut „verkaufen“, sei es in punkto Marktzugang zu 500 Millionen VerbraucherInnen oder auch in punkto verbesserter Zugang zu europäischen Qualitätsprodukten. Dieses Pfund muss Europa nutzen und auch Bürgerrechtsfragen zum Thema machen. Als Liberale fordern wir, die Verhandlungen über „TTIP“ mit einem transatlantischen Datenschutzabkommen zu verbinden.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir wollen Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen und den Freihandel weltweit vorantreiben. Denn freier Handel sichert Fortschritt, Arbeitsplätze und Wachstum, fördert den Austausch der Kulturen und schafft Frieden. Doch Europa kann diese hochgesteckten Ziele nur vereint erreichen. Keine europäische Volkswirtschaft schafft das im Alleingang – auch nicht wir exportstarken Deutschen.

Dort wo im Rahmen der WTO keine globalen Abkommen erreichbar sind, wollen wir den Weg der Freihandelsabkommen auch mit anderen großen Wirtschaftszonen einschlagen. Wir unterstützen die Freihandelsgespräche der EU mit den USA und Japan sowie aufstrebenden Handelsmächten wie Brasilien und Indien. Wir wollen regulatorische Angleichung erreichen, um faire Wettbewerbschancen für europäische Produkte in den Märkten der Zukunft herzustellen. Da unsere Gesellschaften altern und schrumpfen, wollen wir auch junge qualifizierte Arbeitskräfte nach Europa holen und gleichzeitig die Qualität unserer Arbeitskräfte erhöhen. Eingefahrene Denkweisen dürfen dem nicht entgegenstehen, weswegen die Union großzügigere Quoten für Dienstleistungserbringer in Freihandelsabkommen aushandeln sollte.

Es gilt auch, die gegenwärtigen Spannungen im Verhältnis zu Russland abzubauen. Hierzu kann der Abschluss der Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen beitragen. Dabei ist es für uns Liberale von prinzipieller Bedeutung, ob Russland künftig die freie Wahl von Ländern in unserer gemeinsamen Nachbarschaft respektiert, sich entweder für die Assoziierung mit der EU, für eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Union oder für keine von beiden Alternativen zu entscheiden.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit können wir uns auch ein Freihandelsabkommen mit Ländern Afrikas vorstellen, die bei besonderer Produktkennzeichnung auch die strengen Umwelt- und sonstigen Einfuhrvorschriften unterschreiten dürfen. Dies gilt natürlich nur, sollten dem nicht triftige Gründe wie z.B. Gesundheitsschutz oder Patentrecht entgegen stehen.

In unserer Freihandelsagenda nimmt auch der Investitionsschutz eine große Rolle ein. Wir Liberale orientieren uns an dem hohen Schutz, den deutsche Investitionsverträge mit Drittländern erreicht haben und wollen, dass die europäischen Regelungen die bewährten Schutzstandards übernehmen. Freilich müssen hierbei gewisse Anpassungen vorgenommen werden, so dass das Recht der Staaten nicht-diskriminierende Umwelt- und Sozialgesetze zu erlassen, nicht beeinträchtigt wird. In diesem Zusammenhang halten wir daran fest, dass Investoren grundsätzlich auch das Recht erhalten, ein internationales Schiedsgericht anzurufen. Anders als Sozialdemokraten, Grüne und Linke halten wir „Investor-Staat-“ Schiedsklauseln für eine wichtige Ergänzung des Investitionsschutzes, welche dem einzelnen Investor einen starken Schutzschirm verleiht, ohne sich auf den diplomatischen Schutz seiner Regierung verlassen zu müssen. Etwaigen Auswüchsen in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit wie „forum-shopping“ oder extravagante Klagesummen lässt sich durch geeignete Missbrauchsklauseln entgegenwirken, nicht aber durch die Abschaffung des internationalen Rechtswegs.

In den internationalen Organisationen wie der WTO und der OECD muss die EU die Interessen Europas und ihrer Mitgliedstaaten vertreten. Sie muss mit einer Stimme sprechen, um gehört zu werden. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 9. Ministerkonferenz in Bali im Dezember 2013 setzen wir uns nach wie vor für den vollen Abschluss der Doha-Runde ein. Wir unterstützen auch die Bemühungen von OECD und G20, protektionistische Tendenzen in einzelnen Ländern zu benennen und möglichst einzudämmen. Wir Liberale werden auch weiter darauf achten, dass Neubeiitritte in die OECD an die strikte Einhaltung der bisher angewandten Beitrittskriterien geknüpft werden. Nur „like-minded“ Länder mit demokratisch-rechtstaatlichen Strukturen und guter Regierungsführung sollen Mitglied der OECD werden dürfen.

BILDUNGSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Schul- und Hochschulpolitik sind in erster Linie eine Kompetenz der Bundesländer. Doch im Thema Bildung steckt wesentlich mehr Europa, als man gemeinhin denkt. Einen Schüleraustausch mit England machen, ein Auslandssemester in Spanien, eine Lehre in Frankreich: Einen Teil seiner Ausbildung in einem anderen EU-Land zu absolvieren, ist heutzutage nicht nur selbstverständlich, sondern fast schon eine Voraussetzung, um einen guten Job zu bekommen. Jede/r dritte Studierende verbringt heute bereits ein Semester in einem anderen Land der EU.

Das Erasmus-Programm, das den europaweiten Austausch von Studierenden fördert, ist eines der erfolgreichsten und beliebtesten EU-Programme. Unter der erfolgreichen Dachmarke „Erasmus“ werden in Zukunft mehrere Programme zusammengefasst. Neben dem „klassischen“ Studentenaustauschprogramm Erasmus und dem Jean Monnet-Programm für Europastudien gehören hierzu Bildungsprogramme wie Comenius (für SchülerInnen), Leonardo da Vinci (für Auszubildende), Grundtvig (für die Erwachsenenbildung) sowie der Europäische Freiwilligendienst.

Der Europäische Freiwilligendienst (EFD) ermöglicht es jungen Menschen, bis zu ein Jahr lang ins Ausland zu gehen. EFD-Projekte sind zu sozialen, ökologischen, kulturellen Themen möglich – etwa durch Mitarbeit in einem Kinderheim, einem Nationalpark oder einem Theater. Die Reisekosten werden weitgehend erstattet und man bekommt freie Unterkunft, Verpflegung, ein Taschengeld sowie, falls nötig, einen Sprachkurs. Am Ende erhalten die TeilnehmerInnen ein Zertifikat, das sie in ihren Bewerbungsunterlagen beifügen können.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Auslandsaufenthalte wären nur halb soviel wert, wenn die erbrachten Studienleistungen nicht auch im Heimatland anerkannt würden. Deshalb haben sich Liberale schon immer für die Schaffung eines europäischen Hochschulraums ausgesprochen und den sogenannten Bologna-Prozess vorangetrieben, der durch die flächendeckende Einführung des European Credit Transfer Systems (ECTS) die Anrechnung im Ausland erbrachter Studienleistungen ermöglicht.

Erfolgreiche Europapolitik fängt schon bei den SchülerInnen damit an, Englisch und möglichst eine weitere Sprache zu erlernen. Englisch ist die Hauptverkehrssprache, global und in Europa. Sehr gute Kenntnisse in Englisch sollten daher zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa sein.

Wir Liberale wollen, dass die Hochschulen in Europa noch stärker miteinander vernetzt werden. Als Maßnahmen schlagen wir beispielsweise einen einheitlichen europäischen Semesteranfangskorridor vor, um Auslandsaufenthalte zu erleichtern. Weiterhin wollen wir, dass Hochschulen in Europa verstärkt englischsprachige Lehrveranstaltungen anbieten, die sich gezielt an Studierende aus dem Ausland richten. Ein weiterer Baustein einer stärkeren Vernetzung sind Studiengänge mit Doppelabschlüssen, die an zwei Partnerhochschulen in mindestens zwei verschiedenen Ländern studiert werden können. Eine Maßnahme zur verstärkten Wahrnehmung des europäischen Hochschulraumes kann auch ein durch die EU finanziertes Europa-Stipendium sein. Die FDP steht voll hinter „Erasmus+“ und hat die Aufstockung der entsprechenden Finanzmittel unterstützt.

Dank der europäischen Zusammenarbeit im Bildungssektor haben wir in Deutschland viele sinnvolle Anregungen aus anderen Ländern – zum Beispiel aus Skandinavien – übernommen. Umgekehrt ist unser duales Ausbildungssystem ein echter Exportschlager für den europäischen Raum geworden, weil es ein Schlüsselfaktor zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sein kann. In der EU sind derzeit rund sechs Mio. junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos; in einigen Ländern wie Griechenland oder Spanien beträgt die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen gar 50%. Gerade deshalb ist die reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen ein Kernthema der FDP. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss die Mobilität der ArbeitnehmerInnen in Europa erleichtert werden. Dies ist auch und gerade im Interesse der deutschen Wirtschaft, die händeringend nach Fachkräften sucht.

Ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit gibt es keinen Binnenmarkt. Deshalb lehnen wir jeden Versuch ab, mit rechtlichen Hürden den Arbeitsmarkt abzuschotten. Wir wollen, dass alle Deutschen die Chance haben, mit ihrem Berufsabschluss im EU-Land ihrer Wahl ihr Glück zu machen, ohne gegen bürokratische Windmühlen kämpfen zu müssen. Dazu gehört selbstverständlich auch, BürgerInnen aus anderen EU-Ländern mit ihren Berufsabschlüssen einen komplikationslosen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ohne dabei unsere hohen Standards aufweichen zu müssen. Die auf Druck der EU erfolgte Abschaffung des deutschen Kehrmonopols zeigt, wie man auch als einzelne BürgerIn ganz unmittelbar von mehr Berufswettbewerb in Europa profitieren können. Seit die Schornsteinfegerarbeiten dem offenen Wettbewerb unterliegen, sparen sich viele Haushalte bares Geld.

ERASMUS

→ WORUM GEHT ES?

Das Erasmus-Programm unterstützt den europaweiten Austausch von Studierenden und wurde mit diesem Konzept eines der erfolgreichsten und beliebtesten EU-Förderprogramme. Vor 20 Jahren waren Auslandssemester noch etwas Exotisches. Dank Erasmus ist zumindest europaweites Studieren heutzutage fast schon die Norm geworden: bereits jeder dritte Studierende verbringt ein Semester im Ausland. In der abgelaufenen Förderperiode 2007-2013 haben allein in Deutschland 382.000 junge Menschen von diesem Angebot profitiert und in einem der Partnerländer gelebt und studiert (dies sind die EU-Staaten, die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island und die Türkei). Erfolgreich ist das Programm nicht nur aufgrund der finanziellen Unterstützung, sondern auch, weil die im Ausland erworbenen Studienleistungen dank der Bologna-Beschlüsse zuhause anerkannt werden.

Vor dem Hintergrund dieses Erfolges wurde 2013 das Programm Erasmus+ für die Förderperiode 2014-2020 neu aufgelegt – und das mit einem deutlichen Mittelanstieg trotz insgesamt schrumpfendem EU-Haushalt. Fast € 15 Milliarden stehen bis 2020 bereit, um die Mobilität von EU-BürgerInnen in Ausbildung zu fördern. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission werden bis 2020 zwei Mio. Studierenden, 650.000 Auszubildende und rund 500.000 TeilnehmerInnen am Europäischen Freiwilligenjahr von den Erasmus-Stipendien profitieren.

Unter der erfolgreichen Dachmarke Erasmus werden dabei in Zukunft mehrere Programme zusammengefasst. Neben dem „klassischen“ Studentenaustauschprogramm Erasmus (das auch Lehrkräften offen steht) und dem Jean Monnet-Programm für Europastudien gehören hierzu Bildungsprogramme wie Comenius (für SchülerInnen), Leonardo da Vinci (für

Auszubildende), Grundtvig (für die Erwachsenenbildung) sowie der Europäische Freiwilligendienst. Erstmals wird auch ein eigener Förderbereich Sport eingerichtet, der die internationale Partnerschaft von Sportvereinen unterstützen wird. Gefördert werden auch LehrerInnen und AusbilderInnen, die in einem anderen EU-Staat unterrichten wollen. Neu ist, dass Master-Studierende künftig ihr gesamtes Studium europaweit über ein zinsgünstiges Erasmus-Darlehen finanzieren können. Neben diesen Maßnahmen wird Erasmus+ auch institutionelle Partnerschaften, einschließlich mit Drittländern, fördern.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die Entscheidung, Erasmus-Programme zu stärken ist kein Zufall, denn derzeit sind in der EU rund sechs Mio. junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. In einigen Ländern wie Griechenland oder Spanien beträgt die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen gar 50%. Bei einem Auslandsaufenthalt erhalten junge Menschen die Chance, ihren Horizont zu erweitern und sich Kompetenzen und Qualifikationen anzueignen, die in einer globalisierten Arbeitswelt von entscheidender Bedeutung sind. So können sie im Rahmen eines Austausch nicht nur neue Sprachkenntnisse erwerben, sondern auch andere Kulturen kennenlernen. Damit wird Europa unmittelbar erfahrbar gemacht und letztendlich auch der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten gefördert.

Die FDP steht daher voll hinter Erasmus und hat die Aufstockung seiner Finanzmittel unterstützt. Dank unseres Einsatzes wird in diesem Programm künftig auch den Erfordernissen des dualen Bildungssystems in Deutschland Rechnung getragen. Jetzt möchten wir dafür sorgen, dass die Chancen, die Bildungsförderprogramme wie Erasmus bieten, auch genutzt werden, um möglichst vielen Menschen Chancen auf (Weiter-) Bildung und einen guten Arbeitsplatz zu geben – gerade in den Krisenländern im Mittelmeerraum.

BINNENMARKT

→ WORUM GEHT ES?

Der Binnenmarkt ist ein Kernstück der Europäischen Union. Er soll Unternehmen und VerbraucherInnen grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit – Handel, Investitionen, Angebot und Nutzung von Dienstleistungen – ermöglichen. Vor allem im Bereich des Güterhandels bestehen schon seit vielen Jahren kaum noch Handelsbarrieren. Dieser hochintegrierte Wirtschaftsraum gibt zahlreichen Unternehmen einen Heimatmarkt, dessen Größe es ihnen erlaubt, auch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein. Das kommt allen zugute, denn es sichert unsere Wirtschaftskraft und damit Wachstum und Arbeitsplätze. Trotzdem gibt es noch viel zu tun, damit jede/r BürgerIn noch öfter und unmittelbarer von den Vorteilen des gemeinsamen Binnenmarktes profitieren kann.

Ein Versprechen des Binnenmarktes ist, dass jeder und jede die besten Gelegenheiten in allen EU-Mitgliedstaaten nutzen kann. Das Internet sollte das eigentlich sehr einfach machen. Doch im täglichen Leben stößt man immer wieder schnell auf Bereiche, in denen der Binnenmarkt nicht funktioniert. Wer schon einmal versucht hat, im Internet etwas in einem anderen EU-Land zu bestellen, weiß, dass dieses Vorhaben schnell vorbei sein kann, wenn man seine deutsche Lieferadresse eingeben möchte. Dasselbe gilt für Lieferungen aus Deutschland in ein anderes EU-Land: Zum Beispiel zur Ferienwohnung in Spanien, oder der Direktversand eines Geburtstagsgeschenks an einen Freund in Österreich. Einfachste grenzüberschreitende Handlungen sind für VerbraucherInnen immer noch keine Realität.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die Liberalen haben sich im Europaparlament stets für starke Regeln zum Schutz der VerbraucherInnen durch höhere Sicherheit von Produkten und eine effektivere Marktüber-

wachung eingesetzt. Für Unternehmen erkämpfen wir verbesserte Rahmenbedingungen durch mehr Rechtssicherheit und weniger Bürokratie. Dies haben wir unter anderem durch die Verabschiedung von Gesetzesinitiativen zur Bekämpfung von Zahlungsverzug, die verbesserte Anerkennung von Qualifikationen und die Stärkung des Schutzes geistigen Eigentums erreicht.

Vor allem die VerbraucherInnen stoßen noch allzu oft an Grenzen, die es in einem Binnenmarkt nicht geben sollte. Wir fordern, dass der Binnenmarkt für die BürgerInnen auch im Bereich der Dienstleistungen endlich konkret umgesetzt wird. Dafür muss die EU-Politik viel verbraucherorientierter werden. In der Vergangenheit sind die Dienstleistungsbranchen, die etwa 70% der europäischen Wirtschaftsleistung ausmachen, oft zu undifferenziert behandelt worden. Dabei können sich Dienstleistungen je nach Land erheblich voneinander unterscheiden – einige sind reguliert, andere nicht. Bei einigen stellen nationale Regeln zur Berufsqualifikation eine große Hürde für den Binnenmarkt dar. Dagegen können die Hürden im Onlinehandel beispielsweise Produktkennzeichnungsregeln betreffen. Dienstleistungen und Güter sind also oft miteinander verzahnt, dennoch wurden sie bislang separat behandelt. Hier ist ein differenzierterer Ansatz notwendig, der die zwischenstaatlichen Hürden für einzelne Dienstleistungen abschafft.

Andere Parteien sehen den Binnenmarkt als weitestgehend vollendet an, manche verstehen ihn sogar als Bedrohung, beispielsweise in punkto Umweltschutz oder Arbeitnehmerrechte. Für uns hat die Vollendung des Binnenmarktes dagegen hohe Priorität, denn sein Potenzial für BürgerInnen und VerbraucherInnen ist noch lange nicht ausgeschöpft. Für unsere weltweit erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen – insbesondere den Mittelstand – bietet er viele noch ungenutzte Chancen.

DIGITALER BINNENMARKT

→ WORUM GEHT ES?

Europa braucht wirtschaftliches Wachstum und freien Wettbewerb, um auch global wettbewerbsfähig, flexibel und innovativ zu bleiben. Wachstum im europäischen Binnenmarkt würde insbesondere den vielen arbeitslosen Jugendlichen mehr Chancen auf Ausbildung und Arbeit geben. Ein enormes aber noch nicht hinreichend genutztes Potenzial liegt im digitalen Binnenmarkt – dem Handel zwischen den Mitgliedstaaten über das Internet. Heute gibt es 28 nationale Märkte, und der grenzüberschreitende Online-Einkauf findet noch zu selten statt. Den VerbraucherInnen ist der Einkauf oft zu unsicher, für viele UnternehmerInnen mit zu hohem Aufwand verbunden. Oftmals bedeutet das, dass VerbraucherInnen statt zwischen den günstigsten Angeboten europaweit auswählen zu können, höhere Preise im eigenen Land zahlen. UnternehmerInnen dagegen machen dadurch weniger Geschäfte statt mit europaweiten Aufträgen über die Einstellung neuen Personals nachzudenken.

Für die VerbraucherInnen geht es um einen gemeinsamen digitalen Markt und um ihr Vertrauen in einen einheitlicheren hohen Schutz ihrer Rechte und insbesondere ihrer Daten. Für UnternehmerInnen geht es um weniger Regulierung – also die Möglichkeit, ohne unnötige bürokratische Hürden ihre Produkte und Dienstleistungen EU-weit über das Internet anbieten zu können. Ein gemeinsamer Rechtsrahmen wäre an dieser Stelle besonders nützlich (siehe Kapitel zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht).

Dies sei anhand von zwei Beispielen illustriert:

- 1 Drei Informatik-Studentinnen programmieren eine App, die sie gern in der ganzen EU anbieten möchten. Sie beschränken sich aber auf Deutschland, weil sie feststellen, wie teuer und aufwändig es ist, sich mit 28 verschiedenen Rechtssystemen auseinanderzusetzen. In der App-Branche sind in den letzten fünf Jahren schätzungsweise 600.000 neue Jobs entstanden.
- 2 Eine Großmutter möchte ihren Enkel jedes Wochenende über einen Internet-Telefonie-Dienst (VoIP) wie Skype anrufen. Sie stellt jedoch fest, dass ihr Anbieter solche Dienste blockiert oder nur sehr verlangsamt laufen lässt. Zudem erhält sie nicht die Internetgeschwindigkeit, die ihr bei Vertragsabschluss versprochen wurde.

Wir Liberale haben uns in den letzten Jahren bereits erfolgreich für eine dringend notwendige und sinnvolle Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts eingesetzt – zuletzt bei der 2009 verabschiedeten Reform, die zu mehr Wettbewerb geführt hat. Wir haben eine schrittweise Senkung der Roaming-Gebühren erreicht.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir Liberale wollen, dass der digitale Binnenmarkt endlich Wirklichkeit wird, um so mehr Angebot, Innovation, Wachstum und Beschäftigung „made in Europe“ zu schaffen.

Im September 2013 hat die liberale EU-Kommissarin Neelie Kroes Vorschläge gemacht, wie wir dies erreichen können. So können wir beispielsweise jungen Online-Unternehmen den Zugang zur EU zu erleichtern oder bei Internetanbietern mehr Transparenz gegenüber den KundInnen einzufordern. Das Blockieren und Drosseln von Netzinhalten dürfen wir nicht zulassen.

DATENSCHUTZ

→ WORUM GEHT ES?

Das Internet hat die Freiheitschancen der Menschen auf der ganzen Welt erweitert. Datenströme machen vor Ländergrenzen nicht Halt. Technologische Entwicklungen stellen uns dabei ständig vor neue Herausforderungen: Wer Online-Banking nutzt, Bücher für sein Studium bestellt oder seinen Mietwagen reserviert, muss vermuten, dass die dabei entstandenen Daten massenhaft gespeichert und weiterverarbeitet werden. Im Netz hinterlassene Daten werden auch dazu genutzt, Verhaltens-, Nutzungs- oder Bewegungsprofile zu erstellen, ohne Wissen und Willen der Betroffenen. Gegen diesen hemmungslosen Zugriff auf unsere Daten stemmt sich die FDP seit Jahren. Für uns ist Datenschutz stets Persönlichkeitsschutz. Wir setzen auf mündige BürgerInnen und wollen den Selbstschutz und den Datenschutz durch intelligente Technik stärken. Die Liberalen treten dafür ein, dass das Internet verbindet und zur Schaffung einer weltweiten digitalen Bürgergesellschaft der Freiheit dient.

Nachrichtendienste wie die amerikanische NSA oder der britische GCHQ haben ohne Mandat und demokratische Kontrolle in den globalen Netzen massenhaft Daten gesammelt und die Kommunikation von europäischen BürgerInnen und Unternehmen abgehört. Diese Enthüllungen zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa mit einer Stimme spricht, um bürgerliche Freiheitsrechte wirksam zu verteidigen. Die FDP im Europäischen Parlament hat dafür gekämpft, dass die Bankdaten von Millionen von EuropäerInnen nicht anlasslos gesammelt, gespeichert und ohne konkreten Verdacht an Drittstaaten weitergegeben werden dürfen (so genanntes SWIFT-Abkommen). Mit den Stimmen der FDP hat das Europäische Parlament im Oktober 2013 für die Aussetzung des Datenaustauschs mit den USA gestimmt, bis die Vorwürfe

hinsichtlich der Überwachungs- und Spionageaffäre untersucht sind. Außerdem haben wir die Einführung von Internet-sperren und damit das Entstehen einer Zensur-Infrastruktur in Europa verhindert.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Grundlage unserer Europa-Politik ist es, die Freiheitsrechte der BürgerInnen vor ausufernder Bürokratie und stillschweigender Überwachung zu verteidigen und auszubauen. Konkret fordern wir die EU-Datenschutzverordnung schnellstmöglich zu verabschieden, damit in ganz Europa gleiches Recht gilt. Das aktuelle Regelwerk stammt noch aus dem Jahr 1995. Personenbezogene Daten in der Cloud müssen dabei ebenso erfasst werden wie die heimliche Videoüberwachung von Angestellten. Wir setzen uns dafür ein, dass das hohe Datenschutzniveau in Deutschland durch die neue EU-Verordnung gewahrt bleibt.

Wir setzen uns für die Abschaffung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ein, die die Voraussetzungen für eine massenhafte Speicherung von personenbezogenen Daten ohne konkreten Anlass schafft. Unbescholtene EU-BürgerInnen dürfen nicht unter Pauschalverdacht gestellt und überwacht werden - weder beim mobilen Telefonat, noch beim Versenden von SMS oder beim Nutzen von sozialen Netzwerken.

Innerhalb der EU muss Spionage in Form eines europäischen Anti-Spy-Abkommens verboten werden. Dazu brauchen wir eine vollständige Aufklärung über die bisherigen Aktivitäten der Nachrichtendienste, notfalls auch unter Androhung rechtlicher Konsequenzen durch die EU.

Die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten durch die EU oder eine umfassende Erfassung von Grenzübertritten und biometrischer Daten aller nichteuropäischen Einreisenden lehnen wir ab.

Auch unsere politischen Wettbewerber behaupten, sich für Datenschutz stark zu machen. Doch ihre Politik spricht eine andere Sprache. Die Große Koalition scheut nicht davor, die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland einzuführen. Die Grünen haben zwar die VerbraucherInnen im Blick, nicht aber die wirtschaftlichen Vorteile eines starken und innovativen IT-Sektors. Die FDP vermittelt zwischen beiden Ansätzen: effektiver Schutz der Bürgerrechte auf der einen Seite, Förderung eines dynamischen digitalen Mittelstandes auf der anderen Seite. Denn die IT-Wirtschaft stellt einen zukunftssträchtigen Wachstumsmarkt dar, der innovative Arbeitsplätze schafft, und macht bereits heute rund 10% des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus.

Schließlich wollen wir dafür sorgen, dass Nutzungsbedingungen für VerbraucherInnen im Internet künftig so formuliert werden, dass die Anwender diese auch verstehen.

ENERGIEPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Die Energieversorgung ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Sie betrifft alle Sektoren: Verkehr, Industrie, Handel, Dienstleistungen und private Haushalte. Eine nachhaltige Energieversorgung, wie von der FDP gefordert, orientiert sich am „Zieldreieck“ Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit. Alle drei Ziele hängen voneinander ab und sollten gleichrangig verfolgt werden. So kann Umweltverträglichkeit durch Energieeffizienz gefördert werden. Dies bedeutet nicht nur weniger Verbrauch, sondern auch weniger Abhängigkeit von Importen. Schließlich muss eine europäische Energiepolitik auch den Klimawandel entschlossen bekämpfen. Wir Liberale unterstützen das europäische Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20% zu reduzieren.

Wichtigster Schritt ist die Vollendung eines wettbewerbsorientierten Energiebinnenmarktes. Es mangelt dabei noch an grundlegenden Dingen wie gemeinsamen Koppelstellen oder grenzüberschreitenden Netzen. Die EU-Mitgliedstaaten verfolgen weiter eigene Ziele, ohne sich mit den europäischen Nachbarn abzustimmen. Notwendige Investitionen in die Infrastruktur müssten dagegen unverzüglich getätigt werden; finanziert beispielsweise durch projektbezogene Bonds der Europäischen Investitionsbank. Offener Wettbewerb kann das Potenzial eines Energiebinnenmarktes durch mehr Wahlmöglichkeiten für die VerbraucherInnen verwirklichen.

Wir engagieren uns auch für eine gemeinsame Energieaußenpolitik. Die Mitgliedstaaten müssen künftig mit einer Stimme sprechen, insbesondere um mögliche Energiekrisen bewältigen zu können. Die Importabhängigkeit Europas kann so verringert werden. Primäres Ziel europäischer Energiepolitik muss sein, bei Energielieferungen nicht ausschließlich von bestimmten Staaten wie beispielsweise Russland abhängig zu sein.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir setzen uns für eine zügige und grundlegende Reform des Erneuerbare Energie Gesetzes (EEG) auf europäischer Ebene ein. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein europaweites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von erneuerbaren Energien nicht weiter über hohe Garantiepriese zu fördern, die dann die StromkundInnen über ihre Rechnung zahlen. Vielmehr werden die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, ihren KundInnen einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen.

Zu einem zukunftsfähigen Energiemarkt gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Wer Energie einkauft, sollte einen Anreiz zum Sparen haben, aber keine Vorschriften bekommen, wie er Energie verwenden darf.

Der Handel mit Emissionsrechten bleibt für uns das zentrale Instrument der Vermeidung von Klimagasen. Er gewährleistet eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Anders als jede Steuer hat der Emissionshandel es geschafft, CO₂-Abgase wirksam auf eine feste Menge zu begrenzen. Eine Ersetzung des Emissionshandels durch CO₂-Steuern lehnen wir deshalb entschieden ab. Doch eine Deckelung der Emissionen in Europa allein ist nicht ausreichend, um das Klima wirksam zu beeinflussen. Deshalb ist es genauso wichtig, auch in Schwellenländern den Klimaschutz zu verstärken.

Wir stehen zu den Klimaschutzzielen der EU, weitere einseitige Kohlendioxid-Reduktionsverpflichtung lehnen wir jedoch ab. Wir benötigen zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum unserer Industriestandorte wettbewerbsfähige Strompreise. Andernfalls drohen Arbeitsplatzverluste bei energieintensiven Industriezweigen.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Entwicklungspolitik steht bei uns häufig im Scheinwerferlicht, wenn Armutsflüchtlinge nach Europa wollen und menschliche Tragödien zu betauern sind (Lampedusa). Doch jeden Tag verlieren tausende Menschen ihr Leben durch Kriege, Gewalt, Krankheiten und Hunger. Allein 870 Mio. Menschen leiden derzeit an Unterernährung, 2,6 Mio. Kinder unter 5 Jahren sterben jedes Jahr daran. Weltweit leben Millionen von Menschen unter für uns unvorstellbaren Bedingungen. Entwicklungszusammenarbeit ist daher als Erstes ein Gebot der Menschlichkeit. Es ist aber auch in unserem ureigensten wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Interesse, Menschen in Not zu helfen, die Chance auf ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu erhalten.

Europäische Entwicklungszusammenarbeit gibt es bereits seit 1963. Heute ist die EU der größte Geber der Welt. So stellen die nationalen Regierungen und EU-Institutionen 2012 kollektiv insgesamt € 55,2 Milliarden bereit; das sind rund 55% der weltweit zur Verfügung gestellten Mittel. Finanziert wird Entwicklungszusammenarbeit zum einen aus Zuschüssen, zum anderen aus zinsgünstigen Darlehen und Investitionskapital der Europäischen Investitionsbank. Dabei wirken die Entwicklungszusammenarbeit der EU und der einzelnen Mitgliedstaaten zusammen.

Heute dient der Vertrag von Lissabon als Rechtsgrundlage für die Entwicklungszusammenarbeit. Er benennt als Hauptziel die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut. EU-Entwicklungszusammenarbeit erstreckt sich dabei u.a. auf die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, auf gute Regierungsführung und auf verbesserte Bildung, Ausbildung und Gesundheit. Sie stärkt auch die ländliche Entwicklung sowie den Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz.

2012 hat die EU ihre Grundsätze für eine zukünftige Entwicklungspolitik in einer „Agenda für den Wandel“ zusammengefasst, mit dem Ziel ihre Hilfe gezielter einzusetzen. So will die EU ihre Unterstützung auf die ärmsten Länder konzentrieren und stärker an demokratischen Bedingungen in den Empfängerländern ausrichten. International steht bei der Entwicklungszusammenarbeit die Erreichung der acht Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 im Mittelpunkt.

Im November 2013 wurde Malala Yousafzai im Europäischen Parlament mit dem Sacharow Preis geehrt. Die junge Pakistanerin hatte sich für die Bildung junger Menschen und speziell von Mädchen in islamischen Ländern eingesetzt und überlebte im Oktober 2012 nur knapp einen Mordanschlag der Taliban. Die erschreckende Wahrheit ist, dass Schulbildung für 72 Mio. Mädchen und Jungen weltweit keine Selbstverständlichkeit ist. Tatsache ist weiterhin, dass es weltweit rund 760 Mio. Analphabeten gibt. Dabei kann Bildung ein Faktor für Frieden und Stabilität in Ländern und ganzen Regionen sein.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Ziel liberaler europäischer Entwicklungszusammenarbeit ist in erster Linie, Armutsursachen zu bekämpfen. Dies sehen wir als Grundlage dafür, Menschen insbesondere durch Bildung zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung führen zu können. Verbesserte Lebenschancen in Drittstaaten verringern auch den Immigrationsdruck nach Europa. Als Liberale unterstützen wir die Orientierung der EU an den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen. Wir begrüßen insbesondere die Bemühungen der EU um universellen Zugang zur reproduktiven Gesundheit, da zu diesem Ziel bislang am wenigsten erreicht wurde.

Die Forderungen der Liberalen konkretisieren sich in vielen Punkten der EU „Agenda für den Wandel“. Kernforderung der Liberalen ist dabei eine effizientere Mittelvergabe und einer

stärkere Fokussierung auf die ärmsten Länder und Regionen der Welt. Für uns ist es ein Fortschritt, dass die Partnerschaft mit Schwellenländern neu gestaltet und Kohärenz und Koordinierung innerhalb der EU gesteigert werden konnten.

Die FDP fordert die konsequente Umsetzung der „Agenda für den Wandel“, um folgende Ziele zu erreichen:

- Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Hilfe soll gezielt für eine handelspolitische Öffnung bereitgestellt werden. Dies wird oft unter dem Stichwort „aid for trade“ zusammengefasst.
- Reduktion von klassischer Entwicklungshilfe, also von Geldern, die an an keinerlei politische Bedingungen geknüpft ist. Wir wollen Abhängigkeiten abbauen, nicht weiter verstärken.
- Stärkung regionaler Zusammenarbeit. Das heißt, dass wir Entwicklungsländer darin bestärken wollen, sich selbst zu organisieren. Gemeinsame überregionale Institutionen können dazu beitragen, demokratiefördernde Ansätze besser zu verwirklichen.
- Stärkung der zivilgesellschaftlichen Instrumente zur Stärkung der Bürgergesellschaft. Das heißt, dass Projekte mit Bildungsinstitutionen, Verbänden oder NGOs vermehrt durchgeführt werden sollen.
- Verbesserte Abstimmung mit multilateralen Gebern wie der Weltbank oder dem Internationale Währungsfonds. Diese können internationale Probleme wie z.B. Überfischung und daran anschließende Hungersnöte oft besser lösen.
- Koordinierung der Entwicklungspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch den / die Hohe/n Vertreter/in und seinen / ihren Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Dies bündelt Kompetenzen und Mittel und erhöht dadurch die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik.

ERWEITERUNGSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Jeder europäische Staat, der die gemeinsamen Werte Europas achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Nach dem Fall der Berliner Mauer ist die Union mit dem Beitritt der ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Zypern, Malta und Kroatien von 15 auf 28 Mitgliedstaaten gewachsen. Beitrittsanträge gestellt haben außerdem Albanien, Montenegro, Serbien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die Türkei und Island. Die Behandlung dieser Anträge wirft zwei grundsätzliche Fragen auf: sind diese Länder politisch und wirtschaftlich reif für den Beitritt? Kann die Europäische Union selbst eine weitere Erweiterung verkraften, ohne ihre Handlungsfähigkeit nach innen zu gefährden?

Bereits der Europäische Rat von Helsinki hat 1999 einstimmig beschlossen, die Türkei zum Beitrittskandidaten zu machen. Verhandlungen wurden im Oktober 2005 aufgenommen. Allerdings ist der Prozess sowohl wegen der Zypernfrage als auch wegen Zweifel hinsichtlich der innenpolitischen Entwicklungen in Sachen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte ins Stocken geraten. Außerdem gibt es in einigen Mitgliedstaaten wie zum Beispiel Frankreich und Österreich grundsätzliche Bedenken, ob die EU ein so bevölkerungsreiches und mehrheitlich muslimisches Land aufnehmen sollte. Auch die Christdemokraten in Deutschland fordern statt der EU-Vollmitgliedschaft eine „privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die Liberalen im Europäischen Parlament waren stets entschlossene Befürworter der EU-Erweiterungspolitik. Mit den Stimmen der ALDE-Fraktion ist Kroatien 2013 als neues EU-Mitglied aufgenommen worden. Die Vereinigung unseres Kontinents unter den Vorzeichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte für alle europäischen BürgerInnen bleibt für uns ein grundsätzliches Anliegen. Wir Liberale sind uns bewusst, dass gerade die Beitrittsperspektive ein unvergleichbarer Motor für die Modernisierung und Reform in den Kandidatenländern war. Nicht zuletzt Deutschland als Exportland hat durch die Ausweitung des Binnenmarkts und die politische Einbindung unserer Nachbarn ökonomisch und politisch viel gewonnen.

Wir wollen den Weg der EU-Erweiterung verantwortungsvoll weitergehen. Wir möchten keinem Nachbarn, der unsere Werte teilt und sich verpflichtet, diese einzuhalten, eine Absage erteilen. Dazu müssen die Beitrittskandidaten zunächst die in den Europäischen Verträgen vorgesehenen Bedingungen dauerhaft erfüllen. Die 1993 beschlossenen Kopenhagener Kriterien nennen institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung. Gleichzeitig sind die Wahrung der Menschenrechte, die Achtung und der Schutz von Minderheiten und eine funktionierende Marktwirtschaft unabdingbare Voraussetzungen für einen Beitritt zur Union. Aber auch die EU selbst muss ihre Strukturen anpassen und aufnahmefähig sein und bleiben. Die Aufnahmefähigkeit darf dabei nicht zum neuen, unbezwingbaren, weil vom Kandidatenland gar nicht zu beeinflussenden, Beitrittskriterium hochstilisiert werden. Es kann nicht sein, dass institutionelle Schwächen innerhalb der Union als Vorwand genutzt werden, um Kandidatenländern unüberwindbare Hürden zu stellen.

Für alle weiteren Erweiterungsschritte gilt aber auch: Nachlässe bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien wie bei Rumänien und Bulgarien geschehen darf es nicht geben. Entschlossene rechtsstaatliche Reformen und ein gesamtstaatlicher Modernisierungskurs hin zu EU-Standards sind die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Europäische Union. Dies gilt auch und gerade für die Staaten des westlichen Balkans, zu deren Beitrittsperspektive wir Liberale unverändert stehen.

Mit der Türkei verbindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO. An den ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen halten wir fest. Es darf jedoch auch für die Türkei keine Rabatte bei der Erfüllung der Beitrittskriterien geben. Aktuell gibt die Lage der Menschenrechte dort Anlass zur Sorge. Essenzielle Grundrechte wie die Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Die Proteste rund um den Gezi-Park haben gezeigt, dass die Autoritäten vor willkürlichen Verhaftungen und exzessiver Gewalt nicht zurückschrecken. Wir ermutigen die Türkei, den notwendigen rechtsstaatlichen Reformprozess in Richtung Rechtsstaat und Garantie von Menschenrechten voranzutreiben.

Für die Staaten der östlichen Partnerschaft wird sich die Frage der Beitrittsperspektive mittelfristig stellen. Falls Moldau und Georgien über einen längeren Zeitraum das Assoziierungsabkommen mit der EU erfolgreich anwenden, gilt auch hier, Reformen und Stabilität mit weiterer Annäherung an die EU zu verknüpfen.

EU-HAUSHALT

→ WORUM GEHT ES?

Der EU-Haushalt setzt sich zusammen aus rund einem Prozent des Bruttonationaleinkommens der 28 EU-Mitgliedstaaten. Die EU erhält ebenfalls einen kleinen Anteil aus Zolleinnahmen, einen Anteil an der Mehrwertsteuer und Strafzahlungen von Unternehmen bei Wettbewerbsverstößen. Mit den EU-Geldern werden gemeinschaftliche Politiken finanziert. Die Auszahlungen an die Mitgliedsstaaten werden nach der jeweiligen Wirtschaftsleistung berechnet, das heißt, dass wirtschaftliche starke Länder mehr einzahlen als sie EU-Fördergelder zurückbekommen. Deutschland ist und bleibt daher größter Nettozahler in der EU.

Über die Höhe des Haushalts und die Zuweisung der Haushaltsmittel entscheiden die Kommission, der Rat und das Parlament gemeinsam. Die tatsächlichen Ausgaben werden allerdings von der Kommission und den EU-Ländern getätigt. Mit einem Volumen von rund € 140 Milliarden ist der EU-Haushalt im Vergleich zu den Haushalten der 28 EU-Mitgliedstaaten, die zusammen mehr als € 6300 Milliarden ausmachen, vergleichsweise klein. Jede/r EU-BürgerIn zahlt im Schnitt nur 67 Cents pro Tag in ihn ein.

Derzeit fließt der größte Anteil der Mittel in die Förderung von Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie in den Abbau von wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Regionen. Ein weiterer großer Betrag wird in die Bereiche Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raums, Fischerei und Umweltschutz, aber auch Entwicklungshilfe investiert.

Alle Ausgaben sind Teil eines Sieben-Jahres-Plans, des so genannten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), den Parlament und Mitgliedstaaten gemeinsam verabschieden.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die EU-Fördergelder sollten primär in zukunftsorientierte, wettbewerbs- und wachstumsschaffende Bereiche wie Forschung und Entwicklung und den Mittelstand fließen. Das haben die EU-Mitgliedstaaten eigentlich einstimmig in der Agenda 2020 vereinbart. Leider sieht die Realität immer noch sehr nach Bestandsschutz aus: Die Direktzahlungen im Agrarbereich machen nämlich gut die Hälfte des Einkommens einer LandwirtIn aus und damit auch über 30% des gesamten EU-Haushalts. Die FDP setzt sich dafür ein, die Ausgabenpolitik der EU besser an die Realität anzupassen. Dafür sollten insbesondere künftig ausgediente Finanzierungsmodelle wie Exportbeihilfen gestrichen werden: Statt in die Vergangenheit, wollen wir in die Zukunft investieren.

Die FDP fordert weiterhin, dass nationale Sonderrechte wie zum Beispiel der so genannte „Brittenrabatt“ auf die einzuzahlenden EU-Eigenmittel restlos gestrichen werden. Auch in den Verhandlungen zum MFR 2014–2020 wurde der Brittenrabatt fortgeschrieben, was bedeutet, dass andere Länder – so wie Deutschland – Rabatte auf Rabatte beanspruchen. EU-Mitgliedschaften darf es nicht zum Sondertarif geben, weil die Integration nur fortschreiten kann, wenn alle an einem Strang im Sinne Europas ziehen.

FINANZMARKTPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Auch fünf Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers sind die Folgen der Finanzkrise noch spürbar: In vielen Ländern der Europäischen Union mussten die Finanzsysteme durch milliardenschwere, von Steuerzahlern finanzierte Maßnahmen stabilisiert werden, um weiteren Schaden für die Volkswirtschaft und Privatpersonen abzuwehren und die Kreislauffunktion der Finanzsysteme für die Wirtschaft zu sichern. In den Haushalten der Mitgliedstaaten haben diese Rettungsmaßnahmen zu einem Anstieg der Defizite und Verschuldung geführt. Die Belastung der BürgerInnen wurde noch verstärkt durch den wirtschaftlichen Abschwung und Anstieg der Arbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten.

Vieles ist seit 2008 bereits geschehen: Die Notenbanken haben als vorübergehende Stützungsmaßnahme mit niedrigen Zinsen die Kreislauffunktion der Geldwirtschaft stabilisiert und den Zugang zu Krediten für Unternehmen und VerbraucherInnen verbessert – auch wenn es beim Kreditzugang weiterhin starke Unterschiede etwa zwischen Deutschland und den südeuropäischen Ländern gibt. Viele Mitgliedstaaten haben erfolgreich Maßnahmen durchgeführt, um die Haushaltsdefizite wieder zurückzuführen und damit die Belastungen für künftige Generationen zu vermindern. Dieser Anpassungsprozess war und ist teilweise mit erheblichen Belastungen für die Menschen verbunden und verdient unseren Respekt. Erste Erfolge dieser eingeleiteten Anstrengungen sind bereits sichtbar, die wirtschaftlichen Perspektiven in der Eurozone insgesamt und den einzelnen Ländern haben sich bereits verbessert und mit dem wirtschaftlichen Aufschwung auch die Perspektiven für den Einzelnen.

Politisches Ziel muss es sein, durch angemessene Finanzmarktregulierung zu verhindern, dass sich eine solche Finanzkrise jemals wiederholen kann und Belastungen für

SteuerzahlerInnen künftig soweit möglich auszuschließen. In den letzten Jahren ist auf allen Ebenen (global, europäisch, national) eine umfassende Finanzmarkt-Regulierungsagenda abgearbeitet worden. Als Folge der Umsetzung der globalen Basel 3-Standards sind Banken heute stärker kapitalisiert und mit mehr Liquidität ausgestattet, so dass sie robuster und damit weniger krisenanfällig sind. Um teilweise Exzesse und Fehlanreize zu Kurzfristorientierung wie in der Vergangenheit zu verhindern, haben Banken ihre Vergütungssysteme fundamental umgestellt und erheblich in adäquate Risikomanagement- und Überwachungssysteme investiert. Im November 2014 übernimmt die Europäische Zentralbank die Zuständigkeit für die Überwachung aller systemrelevanten europäischen Banken. Damit wird sichergestellt, dass alle Banken in Europa systematisch und nach einheitlichen Maßstäben beaufsichtigt werden.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wichtigste Aufgabe der EU-Finanzmarktreform ist die Vervollständigung der sogenannten „Bankenunion“, deren Ziel die Durchbrechung des Teufelskreislaufs aus Banken- und Staatsschuldenkrise ist. Neben der einheitlichen europäischen Aufsicht durch die Europäische Zentralbank ist die Errichtung eines einheitlichen europäischen Abwicklungssystems für Banken eine zentrale Säule der „Bankenunion“. Liberale setzen sich dafür ein, dass ein europäisches Abwicklungssystem in zeitlicher Nähe zum Start der europäischen Aufsicht zur Verfügung steht. Ein Kernprinzip sind klare Haftungsregeln, so dass im Krisenfall zunächst die Eigentümer und Gläubiger einer Bank haften und nicht die Steuerzahler. Ein einheitliches europäisches Einlagensicherungssystem mit gemeinsamer europäischer Haftung lehnen Liberale hingegen ab solange nicht in allen europäischen Ländern eine Mindestharmonisierung der nationalen Systeme zum Schutz der PrivatanlegerInnen erfolgt ist.

Liberale setzen auf effektive Regulierung, die Banken sicherer machen und gewährleisten, dass sie sich auf ihre Dienst-

leistungsfunktion für Unternehmen und Privatpersonen konzentrieren und nicht auf Eigenspekulation.

Die zunehmende Fragmentierung in Form unterschiedlicher Regulierungsstandards zwischen der EU und anderen Regionen der Welt beobachten wir mit Sorge, weil sie den weltweiten Handel und Kapitalverkehr gefährden können. Der G20 und dem Financial Stability Board sowie dem transatlantischen Dialog zwischen der EU und den USA kommt eine besondere Bedeutung zu für die Vereinbarung und Umsetzung oder zumindest wechselseitige Anerkennung von Regulierungsstandards.

Um Risiken durch unterschiedliche Regulierungsstandards und Fehlanreize zur Vermeidung von Regulierung zu verhindern, müssen „Schattenbanken“ (z.B. Hedgefonds) wirksam reguliert werden: wer vergleichbare Geschäfte wie Banken tätigt, muss auch nach vergleichbaren Maßstäben wie Banken reguliert werden.

Gleichzeitig darf Europa nicht den Anschluss an die dynamischen Wachstumsregionen in der Welt verlieren. Anders als in den USA finanzieren sich in Europa Unternehmen zu 70% über Bankkredite und nicht überwiegend über den Kapitalmarkt. Auch künftig wird einem krisenfesten, funktionsstarken Bankensektor daher für die Unternehmen und AnlegerInnen in Europa eine zentrale Aufgabe zukommen. Eine Zerschlagung von Banken, die das bewährte deutsche Universalbankenprinzip gefährden würde, lehnen wir ebenso ab wie eine Finanztransaktionsteuer. Gerade letztere würde als indirekte Steuer (vergleichbar etwa der Mehrwertsteuer) nur die Unternehmen und SparerInnen belasten.

Angesichts der umfassenden, bereits erfolgten oder eingeleiteten, Regulierungsagenda ist es wichtig, die wechselseitigen Wirkungen der einzelnen Maßnahmen stärker im Auge zu behalten. Wir wollen daher alle Regulierungsvorhaben darauf prüfen, welche Auswirkungen sie auf langfristige Finanzierungen haben als Voraussetzung für mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung in Europa.

BANKENUNION

→ WORUM GEHT ES?

Im EU-Binnenmarkt herrscht freier Kapitalverkehr und die Finanzinstitute sind grenzüberschreitend tätig. Die Stabilität dieses gemeinsamen Finanzmarktes kann nicht durch eine rein national tätige Finanzaufsicht sichergestellt werden. Allerdings war dies in der Europäischen Union bis vor kurzem noch der Fall. Auch wenn die Kapitalverkehrsfreiheit schon 1992 eingeführt wurde, so hat der Aufbau einer grenzüberschreitend tätigen Aufsicht in der EU erst 2010 als eine Lehre aus der Finanzkrise begonnen. Damals wurden drei Behörden (EBA, EIOPA, ESMA) gegründet, um sowohl Banken, Versicherungen, als auch Wertpapiermärkte besser beaufsichtigen zu können. Aufgrund politischer Widerstände der Mitgliedstaaten und der nationalen Aufsichtsbehörden blieben die drei Behörden jedoch weitgehend zahnlose Tiger ohne Durchgriffsrechte.

Im Frühjahr 2012 verschärfte sich die Banken- und Staatsschuldenkrise durch fehlendes Vertrauen von Investoren in die Solidität der Banken und durch das Misstrauen der Banken untereinander, sich Geld zu leihen. Daraufhin beschlossen die Staats- und Regierungschefs die Kommission zu beauftragen, einen Vorschlag zur Übertragung der Finanzaufsicht über Europas Banken auf die EZB vorzulegen und damit den ersten Schritt in eine europäischen Bankenunion zu gehen. Im Sommer 2013 einigten sich die europäischen Gesetzgeber, den Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (engl.: SSM – Single Supervisory Mechanism) ins Leben zu rufen.

Der an die EZB angegliederte SSM wird zum 1. Oktober 2014 seine Arbeit aufnehmen. Zuvor wird die EZB die Bankbilanzen in einem sog. „Asset Quality Review“ auf Herz und Nieren prüfen. Die EZB wird dann die Finanzaufsicht über system-

relevante Banken in der Eurozone (ca. 128) und in den Nicht-Euro Mitgliedstaaten, die sich entscheiden dem SSM beizutreten, übernehmen. Die gemeinsame Finanzaufsicht wird als erste Säule der Bankenunion bezeichnet. Säule zwei und drei sind der gemeinsame europäische Abwicklungsmechanismus und die gemeinsame europäische Einlagensicherung. Während die letztere durch eine Vernetzung der nationalen Einlagensicherungsfonds erfolgt, sind die Verhandlungen zu einem europäischen Abwicklungsmechanismus in ihrer Endphase. Sie sollen noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden. Die Abwicklung von grenzüberschreitend tätigen Finanzinstituten hat sich in der Vergangenheit aufgrund der mangelnden Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Behörden und des fehlenden gemeinsamen Rechtsrahmens als schwierig erwiesen. Banken wurden bisher vorwiegend mit Steuergeldern auf nationaler Ebene saniert oder abgewickelt. Erklärtes Ziel ist es deshalb, dass in Zukunft der Finanzsektor selbst für die Bankenrettung aufkommen soll. Dies soll sichergestellt werden, indem im Falle einer Abwicklung zuerst die Eigentümer und die Gläubiger einer Bank herangezogen werden (sog. „bail-in“). Falls dies nicht ausreichen sollte, könnte schließlich ein von Banken gespeister europäischer Fond weiteres Geld nachschießen.

Die Fälle Hypo Real Estate und WestLB hätte es mit einer gemeinsamen europäischen Finanzaufsicht und Abwicklungsbehörde in der Form nicht gegeben. Die europäische Bankenaufsicht hätte die Probleme ohne Rücksicht auf nationale und politische Interessen früher erkannt. In beiden Fällen hat die Politik die Finanzhäuser immer wieder mit Steuergeldern gestützt, obwohl sie kein tragfähiges Geschäftsmodell hatten. Dass bei der WestLB nicht noch mehr Mittel der SteuerzahlerInnen eingesetzt wurden, sondern die Bank – gegen den Willen der Regierung in NRW 2012 – abgewickelt wurde, ist dem Drängen der EU-Kommission zu verdanken. Die Hypo Real Estate musste schließlich sogar verstaatlicht werden.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir wollen eine gemeinsame EU-Finanzaufsicht und einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus für Banken. Für uns ist es wichtig, dass nicht die SteuerzahlerInnen, sondern der Finanzsektor für Bankenschieflagen aufkommt („vom bail-out zum bail-in“). Wir wollen eine marktwirtschaftliche Lösung und lehnen einen Rückgriff auf öffentliche Mittel, z.B. aus dem ESM, wie unter anderem von den Grünen unterstützt, bei der Bankenrettung ab. Die FDP ist gegen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene.

Die Liberalen im Europäischen Parlament haben schon seit 2007 auf die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Finanzaufsicht hingewiesen. Dies wurde aber von den Mitgliedstaaten, nicht zuletzt durch die schwarz-rote Regierung in Berlin, verhindert. Die FDP beharrte im Wahlprogramm von 2009 auf ihrer Forderung eine europäische Bankenaufsicht einzurichten. Dieses Vorhaben wurde dann unter FDP-Regierungsbeteiligung schrittweise verwirklicht.

ESM – EUROPÄISCHER STABILITÄTSMECHANISMUS

→ WORUM GEHT ES?

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) vergibt Finanzhilfe an Staaten der Eurozone, die in finanziellen Schwierigkeiten sind. Ziel ist die Finanzstabilität innerhalb der Eurozone zu gewährleisten. Der Europäische Gerichtshof hat den ESM für rechtmäßig erklärt. In seiner Entscheidung im Rechtsfall „Pringle“ hat er festgestellt, dass Artikel 125 AEUV (die sogenannte „no bail-out“-Klausel) nicht verbietet,

dass ein oder mehrere Mitgliedstaaten einem anderen Mitgliedstaat, der für seine eigenen Verbindlichkeiten gegenüber seinen Gläubigern haftbar bleibt, eine Finanzhilfe gewähren. Voraussetzung ist allerdings, dass die daran geknüpften Auflagen geeignet sind, diesen Mitgliedstaat zu einer soliden Haushaltspolitik zu bewegen.

Die Finanzhilfe erfolgt in Form von zeitlich befristeten Garantien. Der ESM kann bis zu € 500 Milliarden an Staaten in Not verleihen. Das maximale Haftungsvolumen Deutschlands ist auf € 190 Milliarden begrenzt. Die Finanzhilfe ist gemäß Art. 136 AEUV an strikte Bedingungen geknüpft. Finanzhilfe gibt es nur, falls der beantragende Mitgliedstaat sich verpflichtet ein makroökonomisches Anpassungsprogramm (u.a. Strukturreformen, Ausgabenkürzungen) durchzuführen. Die Umsetzung wird durch die sogenannte Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und IWF) überwacht. Die Genehmigung der Finanzhilfe erfolgt durch den ESM. Deutschland, d.h. der Bundestag, hat hier ein effektives Vetorecht. Für jede Auszahlungs-Tranche legt die Troika den Euro-Finanzministern einen Bericht vor. Diese entscheiden dann über die Freigabe weiterer Zahlungen.

Insgesamt hat die Eurozone € 282,4 Milliarden an Mitgliedstaaten verliehen. Davon stammen € 48,5 Milliarden aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM, max. Ausleihekapazität € 60 Milliarden). Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), die ausläuft und keine weiteren Kredite mehr vergeben kann, hat € 188 Milliarden vergeben. Der ESM hat bisher € 46 Milliarden verliehen, d.h. er verfügt noch über € 450 Milliarden, also 90% seines Ausleihevolumens. Vor allem in Irland, Spanien und Portugal zeugen die Wirtschaftsdaten vom Erfolg der Anpassungsprogramme. Irland und Spanien haben diese erfolgreich abgeschlossen und Portugal sollte in diesem Jahr folgen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir Liberale haben diesen Weg von Beginn an als Übergangslösung unterstützt, mit der Perspektive, mittelfristig die Stabilitätsunion wiederherzustellen. Deshalb haben wir stets darauf bestanden, dass die Hilfen zeitlich und der Höhe nach begrenzt und nur gegen strikte Auflagen gewährt werden. Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen und Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit können die Mitgliedstaaten ihre Schuldentragfähigkeit nicht zurück gewinnen. Hilfe zur Selbsthilfe ist für uns die beste Form von Solidarität, auch wenn es einen langen Atem braucht.

Um nicht dauerhaft falsche Anreize zu setzen, wollen wir jedoch, dass die Ausleihekapazität des ESM kontinuierlich zurückgefahren wird. Staaten und Gläubiger sollen sich darauf einstellen, dass der ESM nicht unbegrenzt als Nothelfer zur Verfügung steht. Sie müssen dann zukünftig ihre Schuldentragfähigkeit wie vertraglich vorgesehen selbst sicherstellen. Eine direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM, wie von SPD und Grünen gefordert und von der CDU unterstützt, lehnen wir strikt ab. Ebenso sind wir gegen die Vergabe einer Banklizenz für den ESM, denn dies würde ein unlimitiertes Haftungsrisiko für Deutschland bedeuten.

FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Horizont 2020 ist das EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation (Laufzeit 2014-2020). Erstmals fasst die EU die bisherigen Programme für Forschung und Innovation in einem Programm zusammen und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Frage, wie aus Forschungsergebnissen auch tatsächlich Innovationen, also neue Produkte oder Dienstleistungen entstehen können. Horizont 2020 ruht auf den drei Säulen Exzellente Wissenschaft, Industrielle Führungsrolle sowie Gesellschaftliche Herausforderungen.

Hinter der Säule „Exzellente Wissenschaft“ verbirgt sich in erster Linie der Europäische Forschungsrat (ERC), der die talentiertesten WissenschaftlerInnen Europas individuell fördert und als große europäische Erfolgsgeschichte gilt. Gefördert wird jedwede Disziplin – hauptsächlich die Forschung ist exzellent. Weiterhin wird innerhalb dieser Säule Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien gefördert, der weltweite Austausch von WissenschaftlerInnen über das Marie Skłodowska-Curie-Programm unterstützt sowie der Ausbau erstklassiger europäischer Forschungsinfrastrukturen gefördert.

Die Säule „Industrielle Führungsrolle“ unterstützt die industriennahe und angewandte Forschung unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen mit dem Ziel, diese zu Innovations- und Weltmarktführern zu machen. Gefördert werden insbesondere Schlüsseltechnologien, so z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien, Materialwissenschaften, Maschinenbau, Mikroelektronik und Photonik, Nano- und Biotechnologie sowie die Raumfahrt.

Ein wesentliches Element des Programms ist es, den Zugang zu Risikokapital zu erleichtern, etwa durch vergünstigte Kredite bei der Europäischen Investitionsbank.

Mit der Säule „Gesellschaftliche Herausforderungen“ setzt die EU auch weiterhin einen Schwerpunkt auf die Förderung praxisnaher Forschung. Das Kernziel ist, Lösungen für die großen Herausforderungen der Menschheit (Grand Challenges) zu erarbeiten, darunter Gesundheit, demographischer Wandel und Lebensqualität, Ernährungssicherheit und Bioökonomie, Energie und Verkehr, Klimaschutz, Umwelt und Ressourceneffizienz, aber auch Gesellschafts- und Sozialforschung. Neu ist dabei die deutliche Stärkung des Technologietransfers, etwa im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften.

Das Budget von Horizont 2020 beträgt rund € 70 Milliarden – ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Budget von € 55 Milliarden des vorangegangenen Forschungsrahmenprogramms. Damit setzt die EU trotz eines schrumpfenden EU-Haushalts Prioritäten in punkto Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Einer der Hauptkritikpunkte an vergangenen Forschungsrahmenprogrammen waren die mit der Antragstellung verbundenen bürokratischen Hürden, die gerade auch kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch Forschungseinrichtungen, die Teilnahme erschwerten. Horizont 2020 sieht eine radikale Vereinfachung der Antragsverfahren vor, darunter u. a. die einfachere Erstattung direkter Kosten, die Anforderung von weniger Zertifikaten sowie mehr Nutzung elektronischer Verfahren. Besonders sinnvoll: zwischen Antragstellung und Unterzeichnung des Fördervertrages sollen künftig nicht mehr als acht Monate vergehen. Damit wird WissenschaftlerInnen mehr Zeit gegeben für ihre eigentliche Berufung, nämlich die Zukunft zu erfinden.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die FDP begrüßt die klare Schwerpunktsetzung auf Forschung und Innovation auf europäischer Ebene. Trotz des beschlossenen Anstiegs des Forschungsetats hätte sie sich einen noch deutlich stärkeren Aufwuchs des Budgets für Horizont 2020 gewünscht. Umso wichtiger ist es, die Aktivitäten von Horizont 2020 eng mit den Regionalen Strukturfonds der EU zu verzahnen. So können Synergien besser genutzt und die Innovationsfähigkeit der Regionen gestärkt werden. Die FDP begrüßt die Vereinfachung der Antragsverfahren und fordert, die angestrebte enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, gerade auch mit kleinen und mittleren Unternehmen, konsequent umzusetzen.

GEMEINSAMES EUROPÄISCHES KAUFRECHT

→ WORUM GEHT ES?

Die EU ist ein großer Binnenmarkt mit Freizügigkeit für Waren und Menschen. Wer aber in anderen EU-Mitgliedsländern kaufen oder verkaufen möchte, der kann dies nur auf der Basis der jeweiligen nationalen Rechtsordnung tun. Sobald rechtliche Probleme auftreten, etwa weil die Ware fehlerbehaftet ist oder später Mängel sichtbar werden, muss sich eine der beiden Vertragsparteien mit einer fremden Rechtsordnung auseinandersetzen. Das ist häufig schon ein sprachliches Problem, denn jeder Mitgliedstaat veröffentlicht seine Gesetze in der Regel nur in der eigenen Landessprache. Es ist darüber hinaus aber auch ein inhaltliches Problem: Der Umfang und die Reichweite der Rechte von KäuferInnen und VerkäuferInnen variiert von EU-Staat zu EU-Staat.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Zwar hat die EU im Bereich des Verbrauchsgüterkaufs (also dem Kauf einer Sache durch eine/n VerbraucherIn) Mindestrechte geschaffen, die überall gelten, etwa die zweijährige Gewährleistungsfrist für bewegliche Sachen. Doch im Detail gibt es weiterhin erhebliche Unterschiede. Hier möchten wir Liberale eine deutliche rechtliche Verbesserung im Online-Handel erreichen: Wir fordern, dass sich die Vertragsparteien freiwillig darauf verständigen können, eine europäische Rechtsordnung – nämlich das gemeinsame EU-Kaufrecht – zu wählen.

Das EU-Kaufrecht wäre damit für jeden grenzüberschreitenden Online-Kaufvertrag eine weitere Option: Die Vertragsparteien können – als „mitgliedstaatsneutrales Terrain“ – das EU-Kaufrecht wählen. Damit würde vermieden, dass einer

der beiden Vertragspartner sich mit einer ihm fremden Rechtsordnung auseinandersetzen muss. Die wesentliche Vorteile des EU-Kaufrechts liegen auf der Hand. Es wäre in jeder EU-Sprache verfügbar, der Inhalt wäre in ganz Europa gleich und es gäbe eine einheitliche Letzt-Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof.

Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass das Projekt Gemeinsames Europäisches Kaufrecht von der neuen Europäischen Kommission nochmals angegangen und ein überarbeiteter Vorschlag vorgelegt wird. Sozialdemokraten und Christdemokraten sind beim EU-Kaufrecht noch programmatisch unschlüssig; es gibt Befürworter in ihren Reihen, aber auch vehemente Gegner.

Für uns Liberale ist klar, dass das Kaufrecht die rechtsgeschäftlichen Aktivitäten von BürgerInnen und Unternehmen niemals behindern darf, sondern sie im Gegenteil befördern muss. Bessere europäische Rahmenbedingungen würden dazu beitragen, dass sich die BürgerInnen in Europa rechtsgeschäftlich noch freier bewegen. Dies würde zu mehr Wettbewerb und sinkenden Preisen führen, deutschen Unternehmen böten sich zudem viele neue Marktchancen.

GESUNDHEITSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Die EuropäerInnen werden im Durchschnitt immer älter. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen im Alter betreut und gepflegt werden müssen. Zudem leben und arbeiten immer mehr Menschen ganz oder zeitweise in anderen EU-Mitgliedstaaten. Ob alt oder jung, ob zuhause oder im Ausland, wir sind alle an einer hochwertigen medizinischen Versorgung interessiert. Dies gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass sich Viren und Bakterien bekanntlich nicht an Staatsgrenzen halten.

Grundsätzlich gilt, dass PatientInnen überall in Europa gleichen Zugang zu vergleichbaren medizinischen Leistungen haben müssen - zu den gleichen Regeln wie im jeweiligen Heimatland. Mit der Europäischen Krankenversicherungskarte, die sich meist auf der Rückseite der nationalen Versicherungskarte befindet, ist dies gewährleistet. Dieser Schutz gilt für die so genannten „ungeplanten“ Dienstleistungen, deckt also in der Regel den Fall ab, dass man im EU-Ausland (oder in Island, in Liechtenstein, in Norwegen und in der Schweiz) als TouristIn oder Arbeitskraft unerwartet erkrankt. Dank der EU-Vorschriften zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung erhält der/die PatientIn das Recht auf teilweise oder vollständige Rückerstattung der entstandenen Kosten. Diese Freizügigkeit bei der Krankenversorgung zeigt den Mehrwert europäischer Gesundheitspolitik.

Die EU will ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen intensivieren, beispielsweise durch besser vernetzte Krisenmanagementstrukturen. Diese sollen künftig eine effiziente Beobachtung und Frühwarnung ermöglichen. Für eine solche Zusammenarbeit hatten sich auch die Liberalen in der Bundesregierung erfolgreich stark gemacht. Denn es macht Sinn, dass die EU die Arbeit der Mitgliedstaaten dort ergänzt, wo besondere Koordinierung und der Austausch von Wissen erforderlich sind.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Alle BürgerInnen in Europa sollten von einem freien Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen profitieren können. Wir wollen eine patienten- und bürgernahe Politik, die Wahlfreiheit zulässt und Innovationen fördert. Doch diese Wahlfreiheit ist in der Praxis immer wieder gefährdet, da vielfältige Hürden zu unnötigen Einschränkungen führen. So richten sich die Preise und Erstattungen immer noch nach nationalstaatlich festgelegten Kriterien ohne ausreichende europäische Leitlinien. Zudem gefährdet mangelnde Transparenz bei Erstattungen eine patientengerechte Versorgung in Europa. Wir wollen diese nationalen Einschränkungen der Patientenmobilität überwinden.

Bei der neuen EU-Gesetzgebung zu Medizinprodukten gelang mit liberaler Unterstützung ein guter Kompromiss zwischen Patientenschutz und moderner Versorgung. Extreme Forderungen nach kostenintensiven und langwierigen Zulassungsverfahren konnten zurückgewiesen werden. Allerdings müssen neue Medizinprodukte und Arzneimittel immer noch zu lange auf einen Marktzugang in Europa warten. Die FDP fordert neue Grundregeln für die Erstattung und Preisbildung insbesondere neuer Arzneimittel unter Beibehaltung nationaler Souveränität bei Detailentscheidungen und gleichzeitig mehr Transparenz bei klinischen Prüfungen ohne Offenlegung persönlicher Daten. Neue Technologien in der Gesundheitsversorgung sollen künftig wesentlich besser genutzt werden („E-Health“).

Die Konservativen bestehen weiterhin auf schwerfälligen administrativen Einschränkungen bei Patientenmobilität und Marktzulassung von Innovationen, während die Parteien links der Mitte für nationale und europäische Überregulierung und somit verzögerte Verfügbarkeit innovativer Produkte in Europa und verminderte Patientenmobilität sorgen.

INDUSTRIEPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Die Industrie, insbesondere der Mittelstand, ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Deutschland so gut durch die Wirtschaftskrise gekommen ist. Die industrielle Basis ist Garant für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Deutschland wird es nur dann weiterhin gut gehen, wenn es Europa gut geht. Wachstum wird in Zukunft vor allem aus den Schwellenländern kommen. Dies schafft Nachfrage nach deutschen Produkten. Gleichzeitig steigt aber auch die globale Konkurrenz vor allem aus Asien an. Daher muss sichergestellt werden, dass deutsche und europäische Industrie zukunftsorientierte Produkte und Dienstleistungen anbieten kann und damit wettbewerbsfähig bleibt. Dafür braucht es in der EU eine marktwirtschaftliche Politik und weniger staatliche Überregulierung, damit ein investitionsfreundliches Klima geschaffen wird.

Die Industrie beschäftigt über 39 Mio. Menschen in der EU und produziert ca. 75% aller EU-Exporte. Anhaltende Wettbewerbsfähigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden können. Die Innovationskraft unserer europäischen Industrien stellt gleichzeitig sicher, dass Europa auch auf anderen Feldern wie der Umweltpolitik Vorreiter sein kann: Ohne Stahlindustrie gibt es keine Windräder, ohne Chemieindustrie keine Computerchips, ohne Maschinenbau keine ressourcensparenden Wärmepumpen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

In den vergangenen Jahren haben wir den Mittelstand durch den Abbau von Bürokratie, komplexen EU-Regulierungen und Finanzierungsengpässen gefördert. Gleichzeitig haben wir dafür gesorgt, dass der Mittelstand größere Berücksichtigung bei der Vergabe von EU-Fördermitteln findet. Wir haben die einseitige Belastung der Automobilindustrie durch überzogene Umweltvorgaben verhindert. Schließlich haben wir auch für die Verbesserung der Forschungsförderung für Unternehmen gesorgt. Doch es bleibt noch viel zu tun: Wir arbeiten weiter an der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch Abbau und Vermeidung industriefeindlicher Regulierung. Die EU-Institutionen müssen dafür günstige und stabile Rahmenbedingungen und Infrastrukturen schaffen. Dazu gehört der verbesserte Zugang der Industrieunternehmen, insbesondere des Mittelstands, zu den Kapitalmärkten (Kreditvergabe) und die bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, damit Forschungsergebnisse schneller zu marktreifen Innovationen werden. Wir möchten keine Unterscheidung in „alte“ und „neue“ bzw. „graue“ und „grüne“ Industrien („ohne Stahl keine Windräder“). Wir unterstützen keine interventionistische und selektive Industriepolitik. Die europäische Industriepolitik darf kein versteckter Protektionismus der EU sein. Damit würde sie auch unseren Zugang zu den Weltmärkten gefährden.

Andere Parteien propagieren häufig die Abschottung unserer heimischen Wirtschaft. Damit schaden sie dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Manche versteifen sich auch sehr auf die sozialen Aspekte Europas und vermeintliche Gerechtigkeit – sie fordern dann u.a. verbindliche Rechenschafts- und Transparenzpflichten oder auch verbindliche EU-Vorgaben für Mindestlöhne. Viele dieser Maßnahmen würden dazu führen, dass Unternehmen Arbeitsplätze ins Ausland verlagern müssten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten – dies schadet den betroffenen ArbeitnehmerInnen genauso wie dem Standort Europa.

KLIMASCHUTZPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Ziel der internationalen Klimaschutzpolitik der EU war und ist es, auf der Grundlage des 1997 unterzeichneten Kyoto-Protokolls bis 2012 eine weltweite Senkung der Treibhausgase um 5% (im Vergleich zum Niveau von 1990) zu erreichen. Einzelne Mitgliedstaaten der EU schaffen das, andere sind davon weit entfernt. Weltweit gibt es auch gegenläufige Tendenzen: Japan stieg mit dem Hinweis auf Tsunami und Fukushima fast ganz aus den Kyoto-Zielen aus: bis 2020 sollen dort die CO₂-Emissionen um 3% gegenüber 1990 steigen. Im Frühjahr 2007 setzten sich die Staats- und Regierungschefs das Ziel, bis zum Jahr 2020 die Emissionen in Europa um weitere 20% zu senken.

Wichtigste Aktionsfelder Europäischer Klimapolitik sind u.a. der Emissionsrechtehandel (ETS), Treibhausgasreduktionen, Vertretung der EU bei internationalen Klimaverhandlungen oder die Steigerung der Energieeffizienz und Förderung der Energieträger aus Erneuerbaren Quellen. Ganz konkret regeln aktuelle EU-Vorschriften z.B. bei neu zugelassenen Pkws die erlaubten Abgaswerte, das bedeutet ab 2020 eine Absenkung von maximal 130g CO₂/100 km auf künftig 95g CO₂/100 km (das entspricht etwa 4,1 l Benzin bzw. 3,6 l Diesel/100 km). Neue leichte Nutzfahrzeuge müssen ihre Emissionen von 203g auf 147g CO₂/100 km ab 2020 absenken.

Da die EU-Mitgliedsländer zusammen für nur etwa 15% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, kommt der EU bei internationalen Verhandlungen und weltweiter Zusammenarbeit häufig eine Vorreiterrolle zu. Nur ein geschlossenes europäisches Auftreten kann jedoch dazu führen, ein weltweit anerkanntes Klimaschutzregime zu beschließen, das sämtliche Staaten mit erheblichem Emissionsanteil einschließt. Weiterhin müssen die klimawirksamen Politikinstrumente wie meist nationale Ökosteuern,

Verbote und der Emissionshandel untereinander neutral, besser abgestimmt und zielorientierter eingesetzt werden. Durch den Erfolg der erneuerbaren Energien sind beispielsweise die Preise für Emissions-Zertifikate drastisch gesunken. Aus diesem Grund einigten sich 2013 Rat, Europäisches Parlament und Kommission darauf, 900 Mio. CO₂-Zertifikate befristet aus dem Markt zu nehmen, um durch künstliche Verknappung den Preisverfall zu stoppen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir unterstützen weiterhin das Kyoto-Protokoll als Pfeiler des internationalen Klimaschutzes und setzen auf dessen flexible und marktwirtschaftliche Instrumente. Langfristig sollte der Handel mit CO₂-Zertifikaten das einzige Instrument des Klimaschutzes sein. Markteingriffe wie beispielsweise das Backloading schaden nur. Im Gegensatz dazu schwanken die Sozialdemokraten bisher ohne klare Linie zwischen Kohlerenaissance und Emissionshandel, die Konservativen unterscheiden sich nur marginal davon und die Grünen fordern die Energiewende zu möglichst 100% Ökostrom, koste es was es wolle. Wir halten das seit 1996 von der EU verfolgte Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf höchstens 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, für unverändert sinnvoll. Die FDP unterstützt die Entwicklung von Klimaschutztechnologien und Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz. Sie ist der Überzeugung, dass Investitionen in den Klimaschutz dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu erhalten. Gleichzeitig sind diese aber auch wissenschaftlich und wirtschaftlich sinnvoll und vernünftig. Die erneuerbaren Energien sollten sich durch Effizienz und CO₂-Neutralität langfristig behaupten können, Sonderregeln bzw. Subventionen sollten nach Befristung auslaufen.

KULTURPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Themen, die den Kulturbereich berühren, kamen in der Europäischen Union sehr frühzeitig auf. Dies betraf zunächst vor allem Überschneidungen zwischen Wirtschaft und Kultur wie zum Beispiel beim Kunsthandel oder der Filmwirtschaft. Kulturpolitik soll unter anderem ein gemeinschaftliches Identitätsgefühl unter allen Europäern stiften. Die EU-Filmförderung ist ein wichtiger kultur-, aber auch wirtschaftlicher Faktor in den Mitgliedstaaten. Der jährliche Wettbewerb „Kulturhauptstadt Europas“ soll europaweite Aufmerksamkeit für das kulturelle Angebot einer Stadt der Europäischen Union schaffen.

In Deutschland ist das Politikfeld Kultur auf der Länderebene verankert. Es muss also ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den kulturpolitisch weitgehend selbständigen deutschen Bundesländern und einer integrativen Wirkung durch die EU.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Das im Vertrag von Maastricht erstmals verankerte Subsidiaritätsprinzip muss für den Bereich der Kulturpolitik streng angewendet werden.

Die FDP ist für eine Ausweitung identitätsstiftender Förderprogramme wie „Kreatives Europa 2014–2020“ als Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Finanzrahmen zur Förderung des Kultur- und Kreativsektors. Gleichzeitig darf man dabei die Ebene der Länder und Regionen nicht umgehen. Diese müssen systematisch eingebunden werden, zum Beispiel über den Ausschuss der Regionen, der dafür aber zu einer echten Subsidiaritätskammer weiterentwickelt werden müsste.

Die Förderung der europäischen Integration ist eines der Ziele liberaler auswärtiger Kulturpolitik. Die Zusammenarbeit der dafür unerlässlichen nationalen Kulturinstitute (Goethe Institut, Institut Français o.ä.) in der European Union for National Institutions for Culture (EUNIC) soll nach dem Willen der FDP systematisiert und intensiviert werden, um vergleichbare und wettbewerbsfähige Angebote zu erstellen. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurden in Europa und weltweit Goethe-Institute geschlossen. So fördert man eine Europäische Kulturpolitik nicht.

Strukturfonds wie der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Landwirtschaftsfonds (ELER) dienen der Verringerung von Entwicklungsdisparitäten innerhalb der EU. Mit diesen Mitteln wurden in der Vergangenheit auch stillgelegte Industrieanlagen umfunktioniert, um Raum für künstlerische Darbietungen bereitzustellen (Zeche Zollverein, Kulturhauptstadt 2010 Essen) oder mit Blick auf Kulturtourismus Altstadtsanierungen (Görlitz) vorgenommen. Diese Fonds sollten weiterhin einen Kulturanteil enthalten.

LANDWIRTSCHAFTS- POLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Auf einem so dicht besiedelten, bevölkerungsreichen Kontinent wie Europa brauchen wir eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft. Sie muss Vielfalt im ländlichen Raum ermöglichen und die Regionen stärken. Dabei muss insbesondere der Mittelstand unterstützt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten. Unser Ziel ist eine unternehmerisch geprägte Land- und Ernährungswirtschaft in Europa. VerbraucherInnen müssen sich darüber informieren können, woher ihre Eier stammen und wie lang der Lieferweg vom Bauernhof ins Kühlregal ist. Sie müssen auch wissen, wie ihre Lebensmittel kontrolliert werden.

Auf europäischer Ebene haben wir bereits viel erreicht. Dazu gehört zum Beispiel die Verabschiedung des sogenannten Milchpakets und damit das Ende der Milchquotenregelung für 2015. Diese Abschaffung der marktwirtschaftlichen Gängelung halten wir für richtig, denn sie hatte sich nicht bewährt. LandwirtInnen wird nun fairer Wettbewerb ermöglicht. Innerhalb der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) haben wir die Position der Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften gestärkt und dazu beigetragen, dass ab 2017 die Zuckerquote abgeschafft wird. Tiertransporte in Europa waren ein besonders heiß diskutiertes Thema in der Reform. Wir haben durchgesetzt, dass die Auswirkungen der bestehenden Verordnung von der Kommission geprüft werden und, dass aufgrund der festgestellten Ergebnisse gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge gemacht werden. So konnten wir verhindern, dass die bestehenden Vorschriften im Nutztiertransport durch blinden Aktionismus verschärft werden, ohne dass vorher überhaupt geklärt werden konnte, warum es eventuell in einigen Bereichen Probleme gibt.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Für die Zukunft ist uns besonders wichtig, dass der ländliche Raum als Wirtschafts- und Lebensraum mit den anderen Politikbereichen besser vernetzt wird. Desweiteren setzen wir uns dafür ein, dass

- in der Agrarpolitik weiter der Weg zum Markt gesucht wird;
- notwendige und berechtigte Umwelt- und Tierschutzanforderungen sachlich und verhältnismäßig bleiben;
- wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Gleichgewicht gehalten werden;
- bürokratische Anforderungen nicht ausufern;
- Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas und auch zu Drittstaaten abgebaut werden;
- Innovation und Technologietransfer gefördert werden;
- Transparenz bei EU-Zahlungen und der Ausführung von EU-Programmen gewährleistet ist;
- der Eigentumsschutz im Vordergrund steht;
- Diskriminierungen aufgrund von Größe oder Produktionsart eines Betriebes unterbunden werden;
- die Aus- und Weiterbildung im Agrarbereich intensiviert wird;
- das System der Direktzahlungen schrittweise in ein innovatives Agrarkreditsystem umgewandelt wird;
- staatliche Regulierungen auf das Notwendige begrenzt bleiben und nicht die unternehmerische Freiheit übermäßig eingrenzen.

Im Gegensatz dazu befürworten die europäischen Sozialdemokraten protektionistische und marktregulierende Maßnahmen zugunsten der kleinbäuerlichen südeuropäischen Landwirtschaft. Die europäischen Volksparteien tendieren zu Protektionismus und zur Konservierung der bestehenden Strukturen in der Landwirtschaft. Die Grünen fordern überbordende Klima- und Umweltmaßnahmen (Greening), die

nicht sinnvoll und kaum umsetzbar sind. Diese würden nicht nur zusätzliche Kosten für LandwirtInnen bedeuten, sondern auch zur Einschränkung des Eigentums und der unternehmerischen Handlungsfreiheit führen.

Wir Liberale wollen unternehmerisch denkende und eigenverantwortlich handelnde LandwirtInnen. Daher setzen wir uns für weniger Bürokratie und mehr Effizienz ein. Wir müssen den Wettbewerb stärken und Innovationen zulassen. Es gilt Eigenverantwortung statt Bevormundung im Handeln zu fördern. Für ganz Europa brauchen wir Marktöffnung statt Marktabschottung.

MEDIEN- UND NETZPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Wir leben in einer Mediengesellschaft. Rundfunk, Zeitungen und das Internet versorgen uns mit Informationen, Kultur und Unterhaltung. Dank freier, journalistisch aufbereiteter Berichterstattung wird die Arbeit in Politik und Wirtschaft transparenter. Massenmedien gehören somit zu einer modernen Demokratie. JournalistInnen, MusikerInnen und FilmemacherInnen, ebenso wie der Spitzensport, schaffen eine Meinungslandschaft, die eine pluralistische Gesellschaft erst ermöglicht. Zudem erwirtschaften Millionen von EuropäerInnen ihr berufliches Einkommen in der Kreativ-, Medien- und Netzwirtschaft. Dies stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar.

Durch die fortschreitende Digitalisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind etliche traditionelle Geschäftsmodelle auf den Prüfstand gestellt worden. Auch die aus medienhistorischen Gründen unterschiedliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Vergleich zur privat finanzierten Medien- und Netzwelt wirft Fragen für die Zukunft auf.

Das Internet hat unseren modernen Gesellschaften enorm viele Chancen und Veränderungen ermöglicht. Nicht alle sind positiv, wie wir aus der NSA-Affäre leider lernen mussten. Neben vereinfachten Möglichkeiten zur Überwachung jedes Einzelnen wäre auch die Einrichtung einer Zensur-Infrastruktur ein einfach zu realisierendes Schreckensszenario. Die digitale Revolution zwingt uns daher, innovative Antworten auf neue Fragestellungen zu finden.

Traditionelle Zeitungen verzeichnen einen massiven Auflagenrückgang, der bislang durch die Verlagerung der Inhalte in

das Internet nicht refinanziert werden konnte. Das so genannte „Zeitungssterben“ wirft existentielle Fragen über die Zukunft des Berufsjournalismus auf. Nicht-europäische Videoabrufdienste wie YouTube, Streamingdienste und neue Internetangebote transportieren zwar Inhalte zu den Menschen, doch werden die UrheberInnen dieser Inhalte häufig nicht angemessen entlohnt. Hierauf muss die Politik Antworten finden. MusikerInnen haben immer größere Schwierigkeiten, durch den Verkauf von Tonträgern Geld zu verdienen. Wir benötigen rechtliche Rahmenbedingungen, damit sie auch in Zukunft finanziell von ihren Kreationen profitieren und idealerweise sogar ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Kultur und Breitensport werden durch den Kauf der Übertragungsrechte quersubventioniert. Es muss sichergestellt werden, dass private Medien die gleichen Chancen beim Rechteerwerb haben wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk.

Das Internet ändert, wie gesellschaftliche Teilhabe in einer Demokratie funktioniert. Deshalb sind Medien- und Netzpolitik Themen, denen sich die Liberalen in besonderem Maße angenommen haben. Ein großer Erfolg ist bekannt unter dem Schlagwort „Löschen statt sperren“. Das Löschen von illegalen Inhalten wurde EU-weit zur Pflicht. Die Kommission wollte diese Inhalte ursprünglich mithilfe einer speziellen Infrastruktur sperren, wie sie auch in totalitären Regimen existiert. Netzblockaden stellen aber kein wirksames Mittel im Kampf gegen Verbrechen wie etwa den Austausch oder Handel von Kinderpornografie dar. Sie führen zu einem großen Vertrauensschaden bei den Internetnutzern. Um Kinder vor Missbrauch zu schützen, brauchen wir einen breiten Ansatz und nicht einfach nur einen „Vorhang“ vor das Verbrechen.

Wir haben uns zudem für mehr Wettbewerb bei Verwertungsgesellschaften eingesetzt. Denn Verwertungsgesellschaften verfolgen keinen Selbstzweck, sondern haben den KünstlerInnen zu dienen. Ihre Rechte werden gestärkt und nationale Monopole durch mehr Wettbewerb aufgeweicht.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Für Europa gilt aus liberaler Sicht: Dort, wo europäisches Engagement durch Koordinierung und Austausch von Wissen einen klaren Mehrwert ergibt, soll die europäische Ebene auch tätig werden. Die Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes ist hierfür ein eindeutiges Beispiel. Digitale Strukturen machen an Landesgrenzen nicht halt. Hier soll die Union gestärkt werden.

Es ist entscheidend, dass diejenigen, die Inhalte schaffen, von diesen auch angemessen finanziell profitieren. Daher setzen wir Liberale uns dafür ein, das Urheberrecht EU-weit an das digitale Zeitalter anzupassen, ohne es als grundlegendes Konzept in Frage zu stellen, und ohne eine EU-weite Überwachungs-Infrastruktur zu schaffen. Wer urheberrechtlich geschützte Werke verwenden möchte, muss die jeweiligen RechteinhaberInnen fragen, denn diesen obliegt die Entscheidung, welche Nutzung sie für ihre Werke zulassen. Um dies zu gewährleisten, muss eine rechtssichere Infrastruktur vorliegen.

Wir Liberale wollen freien Zugang zum Internet für alle BürgerInnen. Das heißt wir setzen uns konsequent für das Prinzip der „Netzneutralität“ und damit gegen ein Zwei-Klassen-Internet ein. Grundlage eines offenen, freien Netzes ist, dass Datenpakete von allen Anbietern gleich schnell und ohne Diskriminierung von A nach B transportiert werden. Auch in Zukunft sollen alle Dienste für alle zugänglich sein. Ein Telefonprovider soll nicht einzelne Dienste wie Skype sperren dürfen. Start-ups sollen das Internet genauso nutzen können wie etablierte Großunternehmen.

MENSCHENRECHTS- POLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Menschenrechte sind der rote Faden, der sich durch das gesamte Auswärtige Handeln der Europäischen Union zieht. Die Verpflichtung, diese Werte in der Union und weltweit zu schützen, ist ein Grundpfeiler der EU. Sie sind in den Gründungsverträgen verankert und wurden durch die Annahme der Charta der Grundrechte seitens der EU bekräftigt.

Die Europäische Union als Institution hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten für ihren Einsatz für Frieden, Aussöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa. Diese Anerkennung ist ein großer Ansporn weiterhin darauf hinzuwirken, dass Menschenrechte, Grundfreiheiten und Demokratie nicht nur ein Privileg für wenige, sondern Wirklichkeit für alle Menschen werden.

In ihrer Beitrittsstrategie 2012/2013 identifizierte die Europäische Kommission insbesondere den schlechten Schutz der Minderheitenrechte in einigen Beitrittsländern des westlichen Balkans als Herausforderung im Bereich Menschenrechte. Dies gilt auch für Verletzungen des Rechts auf Meinungs- und Medienfreiheit (siehe auch Kapitel: Erweiterungspolitik).

Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung gehören zu den Werten, die auch im Mittelpunkt der Europäischen Nachbarschaftspolitik stehen. Diese zielt auf die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und ihren östlichen und südlichen Nachbarländern ab, um Wohlstand, Stabilität und Sicherheit an den Außengrenzen der EU zu fördern. Doch der friedliche Weg in die Demokratie steht auch dort vor einer Reihe von Herausforderungen. So werden die Ver-

einigungs-, die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit in einigen Staaten systematisch verletzt. Dies ist etwa in Weißrussland – Europas letzter Diktatur – sowie in vielen arabischen Ländern der Fall.

Die Menschenrechts- und Demokratielage gibt weltweit Grund zur Besorgnis. In vielen Ländern Afrikas und Lateinamerikas dienen Scheinwahlen zur Legitimierung autokratischer Regimes. Kollektivrechte schränken individuelle Rechte und Freiheiten ein, was oft mit Tradition begründet wird. Doch weder altes Brauchtum, noch religiöser Glaube dürfen den Blick davor verstellen, dass die Rechte und die Freiheiten des Individuums stets im Mittelpunkt stehen müssen. Es ist ein Problem, dass EU-Förderungsprojekte, die an menschenrechtliche Auflagen geknüpft sind, durch andere Geber (z.B. China) unterlaufen werden, weil diese an rein wirtschaftlichen Beziehungen interessiert sind. Langfristig wird es der EU aufgrund energiepolitischer Abhängigkeit, unterschiedlicher Interessen der Mitgliedstaaten und vermutlich schwindender entwicklungspolitischer Gelder schwer fallen, ihre Normen und Werte durchzusetzen. Dabei lohnt sich die Investition in demokratiefördernde Maßnahmen, denn echte Demokratien führen untereinander weniger Kriege und kooperieren erfolgreicher miteinander als andere Staaten.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Demokratie und Menschenrechte sind für uns Kernelemente der Europäischen Außenpolitik. Sie sind das, was Europa im Innersten zusammenhält. Weltweit kämpfen wir für die Ächtung der Todesstrafe. Wir setzen uns ein für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte sowohl innerhalb der Grenzen der Union als auch in den Beziehungen zu Nicht-EU Ländern. Engagiert kämpfen wir für Vielfalt und Gleichstellung und gegen Diskriminierung. Länder, die der EU beitreten wollen, müssen die Menschenrechte achten. Mit Blick

auf beitrittswillige Staaten steht die FDP für eine strenge Anwendung der so genannten Kopenhagener Kriterien. Das heisst, wir fordern eine genaue Prüfung, ob der beitrittswillige Staat den Schutz von Menschenrechten und der Demokratie konsequent umsetzt und wahrt (siehe Kapitel zur Erweiterungspolitik).

Achtung für die Menschenrechte und entschlossene rechtsstaatliche und politische Reformen sind auch unabdingbare Voraussetzung für die weitere Annäherung an die Staaten der Östlichen Partnerschaft. Dies gilt für Georgien und Moldawien, die kürzlich im Rahmen eines Assoziierungsabkommens mit der EU engere wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart haben. Es gilt jetzt, insbesondere für die Ukraine, die Tür nach Europa weiterhin offen und das Angebot einer echten Partnerschaft aufrecht zu halten.

In der Demokratieförderung muss die EU flexibler und schneller auf Entwicklungen reagieren können. Dabei soll sie auf die Expertise der Mitgliedstaaten und ihrer politischen Stiftungen zurückgreifen können. Das Instrumentarium der Menschenrechtsdialoge muss stärker in den politischen Prozess einfließen. Auch die nachhaltige Finanzierung menschenrechts- und demokratiefördernder Maßnahmen über das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte gilt es, in Zeiten knapper Kassen zu sichern. Die Liberalen setzen sich dafür ein, die Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit als Priorität der EU-Außenpolitik zu erhalten.

REGIONALPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Laut Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union fördert die EU „den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds dienen diesem Zweck und umfassen die folgenden Fonds: Fond für Regionale Entwicklung (EFRE), Sozialfond (ESF), Kohäsionsfond (KF), Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Wenn man von Regionalpolitik spricht, sind in der Regel der EFRE und ESF gemeint. Aus dem ELER werden zudem Projekte speziell für die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert.

Um zu verhindern, dass europäische Fördermittel in unwirtschaftliche Projekte investiert werden, müssen die Regionen einen Eigenanteil aufbringen, mit dem sie einen Teil des Projekts selber finanzieren. Das ist die sogenannte Ko-Finanzierung. Ihre Höhe richtet sich nach der wirtschaftlichen Stärke der Region.

Es gibt in allen deutschen Bundesländern EU-geförderte Projekte, wobei die Bevölkerung vor Ort sich dessen meistens gar nicht bewusst ist. Auf der Homepage der EFRE-Verwaltungsbehörde des jeweiligen Bundeslands kann jede/r BürgerIn sich über die Förderprojekte in der Nähe informieren. Die EFRE-Verwaltungsbehörden und Informationen zu der Regionalförderung jeder Region finden sich im Regio Atlas: http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/germany/index_de.htm

In der Euregio (ein Zusammenschluss von Grenzregionen) Rhein-Maas-Nord wurde beispielsweise die Kooperation verschiedener deutscher und niederländischer Universitäten im Bereich der Telekommunikations-, Fernlehre- und Fernarbeitstechnologien gefördert. Das Ziel des Projekts EUVIKON

(Virtuelles euroregionales Kompetenznetz) war es, den Besuch von Universitätsprogrammen und Fortbildungskursen grenzüberschreitend zu steigern, was die Studierenden zusätzlich qualifiziert. Viele Straßen- und Schienenbauprojekte, vor allem in Ostdeutschland, wurden auch durch den EFRE finanziert.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Liberales wollen eine schnelle, unbürokratische Umsetzung der Regionalförderprogramme für die Finanzperiode von 2014-2020. Der Kern der Förderung sollte auf Zukunftsprojekten liegen, das heißt vor allem auf Forschung, Technologietransfer, Mittelstandsförderung, Existenzgründungen und Beschäftigungsförderung für Fachkräfte.

Die Liberalen im Europäischen Parlament haben die „makroökonomische Bedingung“ durchgesetzt. Sie besagt, dass Mitgliedsstaaten, die finanzielle Schwierigkeiten haben, zu einer Überarbeitung ihrer Regionalprogramme aufgefordert werden können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Bei einer Kooperationsverweigerung des Mitgliedstaates können Gelder gestrichen werden. Diese Bedingung sollte auch in Zukunft beibehalten werden.

Aus anderen politischen Lagern gibt es dagegen Widerstand gegen die makroökonomische Bedingung: vor allem die Politik links der Mitte möchte ein „Weiter so“ statt Haushalte zu konsolidieren und schmerzhaftige Strukturreformen in Angriff zu nehmen. Solidarität mit wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten heißt aus unserer Sicht aber nicht, die Augen vor Problemen zu verschließen. Im Gegenteil, denn sie werden dadurch nur noch größer.

Der Fokus der Regionalförderung wird von 2014 bis 2020 auf Investitionen in Forschung, Innovation und den Mittelstand

liegen. Das schafft Arbeitsplätze und macht die EU auf Dauer wettbewerbsfähiger. Die Regionen haben mehr Mitspracherecht bei der Erstellung der nationalen Rahmenstrategie (genannt: Partnerschaftsvereinbarung) bekommen. Dies war auch eine Forderung der Liberalen, weil vor Ort viel besser entschieden werden kann, welche Projekte sinnvoll sind.

Wir haben dazu beigetragen, Bürokratie abzubauen, da bei Korrekturen von erhaltenen Zuschüssen, Kleinstbeträge nicht mehr zurückgefordert werden müssen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine genaue Kontrolle der Mittelverwendung ein, um Verschwendungen zu vermeiden. Die Antragsverfahren sollten jedoch noch weiter vereinfacht werden. So könnte die Einrichtung einer „One Stop Agency“ bei der Bürokratievermeidung helfen – sie wäre erster Anlaufpunkt für alle Fragen von Antragsstellern und würde helfen, viele unnötige Verfahrensschritte zu vermeiden.

Die Mitte-Links-Mehrheit im Europäischen Parlament hat eine EU-weite Quote durchgesetzt, die den Mitgliedstaaten vorschreibt, wie viel Prozent der Mittel sie in den Europäischen Sozialfond investieren müssen. Die Liberalen möchten Schwerpunkte für die Investitionen festlegen, sind aber gegen dirigistische Vorgaben, wie die Gelder auf die Fonds aufzuteilen sind. Das sollte vor Ort entschieden werden.

SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Europa befindet sich in der längsten Friedensphase seiner Geschichte. Aber Europa ist auch Teil einer Welt, die dynamisch ist und sich tiefgreifenden Wandlungen unterzieht. Neue Gefahren reichen von asymmetrischen Bedrohungen, etwa durch den internationalen Terrorismus und die organisierte (Cyber-) Kriminalität, über regionale Instabilitäten im Süden und Osten Europas, bis hin zu neuartigen Risiken in den Bereichen Migration, Energiesicherheit und Klimawandel. Hinzu kommen geostrategische Verschiebungen, die durch das Aufkommen neuer Mächte und einer stärkeren Ausrichtung der USA auf den asiatisch-pazifischen Raum gekennzeichnet sind. In dieser Situation ist die Europäische Union stärker gefordert, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen und Verantwortung für Stabilität und Frieden in ihrer Nachbarschaft zu übernehmen.

Für eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa bedarf es dafür notwendiger militärischer Fähigkeiten. Europa hat derzeit in 28 nationalen Streitkräften ca. 1,6 Millionen Soldaten unter Waffen und gibt dafür ca. € 200 Milliarden jährlich aus. Dies führt zu Mehrfachstrukturen bei der militärischen Organisation, bei Rüstungsentwicklung und -beschaffung. Damit verbunden sind Kompatibilitätsprobleme bei gemeinsamen Einsätzen. Die Mehrkosten führen zu erheblicher Verschwendung von Steuermitteln. Trotz beeindruckender Investitionen ist Europa jedoch militärpolitisch in hohem Maße von den USA abhängig und häufig gar nicht in der Lage, eine militärische Operation ohne amerikanische Unterstützung durchzuführen. Es fehlen die notwendigen strategischen Schlüsselfähigkeiten, um den gewachsenen Herausforderungen in Konfliktsituationen zu begegnen. Vor allem in den Bereichen Transport, Aufklärung und Satellitenkommunikation fehlt in Europa Know-how.

Ein anderes Beispiel ist der Beschaffungsmarkt, wo wir es immer noch mit 28 fragmentierten Industrien und Märkten zu tun haben. Dreiviertel der Beschaffungsvorhaben werden trotz gesetzlicher Vorschrift in der gemeinsamen Beschaffungsrichtlinie nicht europäisch ausgeschrieben, weil sich die Länder auf Ausnahmeregelungen im Namen der „nationalen Sicherheit“ berufen. Das Ergebnis sind kurzfristig ausbleibende Kostenvorteile durch die Bündelung von Bestellungen und langfristig hohe Unterhaltungskosten. Zudem bleibt der Zugang zum Rüstungsmarkt besonders den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Europa verwehrt, obwohl dort viel Innovation und technischer Fortschritt zu finden ist.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Liberaler Außen- und Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik. Deshalb setzen wir uns für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle ein. Für schwierigen Situationen muss jedoch militärischer Schutz in Europa verfügbar sein. So ist bei der Abwehr von Piraten zum Schutz der zivilen Handelsschifffahrt militärischer Schutz vonnöten; bei der Katastrophenhilfe kann eine militärische Komponente erforderlich sein, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; und zur Schaffung von Frieden oder zur Stabilisierung von Konfliktregionen sind bewaffnete Kräfte zur Ermöglichung eines politischen Versöhnungsprozesses unerlässlich. Daher brauchen die europäischen Mitgliedstaaten Streitkräfte, um außenpolitische Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Um den politischen Auftrag international durchsetzen zu können, müssen die Streitkräfte auf europäischer Ebene effizienter werden und ihre Fähigkeiten und knappen Ressourcen bündeln. Dabei bietet die GSVP den Mitgliedstaaten unter dem Vertrag von Lissabon eine Vielzahl von Instrumenten zur Zusammenarbeit. Deren konkrete Anwendung scheitert aber bisher häufig am politischen Willen, zum Beispiel bei der Möglichkeit einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit nach Artikel 46 des EU-Vertrags.

Wir Liberale stehen zu dem Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine umfassende EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Dabei muss die geltende, gemeinsame EU-Friedens- und Sicherheitsstrategie angepasst werden. Die EU muss langfristig strategisch autonom handeln können. Sie muss zukünftig in der Lage sein, in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen politisch gemeinsam und operativ vernetzt zu handeln. Unsere sicherheitspolitischen Interessen sollten von demokratisch kontrollierten PolitikerInnen definiert und von der Bevölkerung akzeptiert werden. Dazu bedarf es einer öffentlichen Debatte in den Mitgliedstaaten über Formen der europäischen Zusammenarbeit und den Auftrag von Streitkräften.

Wir wollen die Zersplitterung der Streitkräfte der europäischen Mitgliedsländer überwinden, ohne dabei die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. In einem ersten Schritt sollen Rüstungsentwicklung und -beschaffung stärker gemeinsam im europäischen Rahmen stattfinden. Hierzu sollte die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur und der Europäischen Kommission gestärkt werden. Auch für die Rüstungsindustrie sollte es einen funktionierenden Binnenmarkt auf Grundlage der speziell für diesen Sektor erlassenen Beschaffungsregeln geben. Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss rechtsverbindlich werden, damit kein EU-Mitglied Waffen an einen Drittstaat liefert, der als Krisenherd gilt. Darüber hinaus sollten wir an einer engeren Verzahnung, verstärkten Kooperation, Interoperabilität und am Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten der Streitkräfte der verschiedenen Mitgliedsländer arbeiten. In diesem Sinne wollen wir den Aufbau europäischer multinationaler Verbände vorantreiben und gemeinsame Notfallplanung, Ausbildung, Übungen, Ausrüstung und Standards entwickeln.

Um politische Aufträge weltweit durchführen zu können, etwa die Evakuierung von BürgerInnen aus Krisengebieten, Katastrophenhilfe oder die Durchführung von Stabilisierungsaufträgen, benötigt die EU neben den zivilen Planungsstellen auch die Einbindung der militärischen Komponente. Daher fordern wir Liberale die Schaffung eines europäischen Hauptquartiers und eine bessere Koordinierung von zivilen und militärischen Strukturen. Dabei ist der „Pooling und Sharing“-Ansatz, also „Bündeln und Teilen“, für Fähigkeiten, die kein Mitgliedstaat allein finanzieren kann, zukunftsweisend.

Schließlich bleibt die NATO Garantin unserer nationalen Sicherheit. Die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte, und hat ihren primären Auftrag voll erfüllt, die territoriale Verteidigung des NATO-Gebietes zu sichern. Sie ist Ausdruck einer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und stellt deshalb den wichtigsten Anker deutscher Außen- und Sicherheitspolitik dar. Aus liberaler Sicht kommt eine Stärkung der GSVP der EU auch der NATO zugute. Gleichzeitig vergrößert sich so das europäische Gewicht innerhalb der NATO. EU und NATO sollten ihre Zusammenarbeit vertiefen und komplementär weiterentwickeln.

SOZIAL- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Europas nationale Wirtschaften wachsen zusammen. Deutsche Unternehmen sind europaweit im Geschäft, Leistungen (zum Beispiel im Baugewerbe) werden grenzüberschreitend erbracht, ArbeitnehmerInnen suchen und finden Arbeit in ganz Europa. Zugleich leiden einige Mitgliedstaaten unter hoher Arbeitslosigkeit und rufen nach Hilfe aus Brüssel. In Spanien und Griechenland ist vor allem die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch. Welche Aufgaben kann die Europäische Union in diesem Zusammenhang übernehmen? Wo gibt es bereits europäische Instrumente der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, und in welchen Bereichen wäre eine weitere Integration sinnvoll? Wo gilt umgekehrt, dass Lösungen auf nationaler Ebene besser und wirkungsvoller erarbeitet und umgesetzt werden sollen? Hierfür ist es sinnvoll, zwischen Arbeitsschutz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu unterscheiden.

Zunächst ein Blick auf die wichtigsten arbeitsschutzrechtlichen Felder in Europa:

Im Zentrum steht der Schutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz. Mithilfe einer Rahmenrichtlinie hat die EU seit Ende der 1980er Jahre detaillierte Regelungen erlassen, die häufig auf Expertenanalysen beruhen und bei denen die Sozialpartner beteiligt sind. Die EU hat auch Arbeitnehmerrechte in einigen Bereichen gestärkt: es gibt Rechte beim Betriebsübergang, Arbeitszeitvorschriften sowie Informations- und Mitwirkungsrechte im Betrieb. Bei länderübergreifenden Dienstleistungen stehen die Kontrolle von Missbrauch und Lohndumping im Vordergrund; hier hat die EU einige Vorschriften für grenzüberschreitenden Betriebe erlassen. Laut

Vertrag sowie einschlägigen Richtlinien dürfen Frauen bei Bezahlung und sonstigen Arbeitsbedingungen weder direkt noch indirekt diskriminiert werden. Die EU achtet auf die Gleichstellung von teilzeitbeschäftigten Frauen, und die Kommission hat jüngst eine Frauenquote in Aufsichtsräten großer Betriebe (40% bis 2020) vorgeschlagen.

Diese arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften und Bemühungen um Gleichstellung werden durch eine allgemeine Beschäftigungspolitik ergänzt. Dies betrifft einmal die Koordination der nationalen Politiken durch Ausschüsse, die auf der Grundlage des EU-Vertrages agieren. Zum anderen betrifft dies das sogenannte „Europäische Semester“, ein EU-Prozess, bei dem die Kommission und die Mitgliedstaaten unter anderem die Beschäftigungspolitik kritisch durchleuchten. Am Ende stehen länderspezifische Empfehlungen des Rates. Während einige Empfehlungen für bestimmte Staaten eine Deregulierung der Arbeitsmärkte vorsehen, ähnlich der deutschen Hartz-Reformen, zielen sie im Fall von Deutschland eher auf eine Ausweitung des Sozialstaats: Kritik an Mini-Jobs und Sorgen über Altersarmut werden Deutschland ins Stammbuch geschrieben. Das europäische Semester hat bisher Reformen in einigen Ländern bewirkt: Spanien und Italien, aber auch Griechenland und Portugal haben ihre Arbeitsmärkte erheblich flexibilisiert. Selbst in Frankreich werden die rigiden Vorschriften für Einstellung und Kündigung zum Teil gelockert.

Drittens gibt es auf europäischer Ebene in Ansätzen eine Sozialpolitik. Direkt einschlägig ist die Übertragung von sozialrechtlichen Ansprüchen für WanderarbeitnehmerInnen, die seit jeher von der EU garantiert wird. Dagegen gibt es kein „Recht auf Einwanderung in die Sozialsysteme“, wie manchmal insbesondere von der CSU fälschlich behauptet wird. Vielmehr besteht nur dann ein Aufenthaltsrecht für nicht-erwerbstätige Personen aus einem anderen EU-Staat, wenn sie sich selbständig finanzieren können. Auch eine direkte Absicherung der Lebenshaltung aus EU-Fonds für Einzel-

personen besteht nicht. Stattdessen fördert der Europäische Sozialfonds horizontale Projekte in Mitgliedsländern, die auch sozial schwachen Personen zugute kommen können. Außerdem gibt es noch einen „Globalisierungsfonds“, der für diejenigen Personen auf Antrag eine Entschädigung bereitstellt, die direkt aufgrund von internationalem Wettbewerb ihren Job verloren haben. Schließlich haben die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2013 einstimmig die Schaffung einer „Jugendgarantie“ beschlossen. Hierbei geht es darum, dass Personen unter 25 Jahren binnen vier Monaten nach Abschluss der Ausbildung oder Erreichen der Arbeitslosigkeit eine neue Beschäftigung, ein Ausbildungsverhältnis oder eine Weiterbildung angeboten werden muss. Die EU-Mitgliedstaaten reichen der Kommission ihre Pläne zur Umsetzung dieser Garantie ein, und ein Sonder-Topf („Youth Employment Initiative“) stellt bis zu € 6 Milliarden an Zuschüssen zur Kofinanzierung neben den allgemeinen Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds bereit. Zur Klarstellung sei noch erwähnt, dass die EU keinerlei Einfluss auf die Lohnfindung nimmt und die Tarifautonomie der Sozialpartner auf nationaler Ebene respektiert.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die Liberalen unterstützen eine europäische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit Maß. Mit dem europäischen Semester ist ein gelungenes Instrument geschaffen worden, das wichtige Strukturreformen in Krisenstaaten in Gang gesetzt hat. Diese Anstrengungen unterstützen wir – gleichzeitig sollte der Druck zu weiteren Reformen aufrecht erhalten werden. Richtig ist es auch, wenn zu rigide Lohnfindungssysteme (Indexierung in Belgien) oder zu hohe Mindestlöhne (in Frankreich) kritisiert werden. Dabei darf aber nicht mit zweierlei Maß gemessen werden: wenn Deutschland Empfehlungen erhält, darf dies nicht mit Hinweis auf die angebliche arbeits- oder sozialrechtliche Autonomie oder aus Gründen der Besserwisserei zurückgewiesen werden.

Was den Arbeitsschutz angeht, so hat die europäische Harmonisierung ein zufriedenstellendes Maß erreicht. Bei Sektoren mit grenzüberschreitenden Tätigkeiten (zum Beispiel Seefahrer und Flugpersonal) mag man noch einen Schritt weiter gehen. Umgekehrt macht es aber keinen Sinn, allen Mitgliedstaaten aus Brüssel die Details einer Gleichstellungspolitik aufzuoktroyieren. Daher lehnen wir aus Gründen der Subsidiarität den Vorschlag zur Frauenquote in Aufsichtsräten ab. Auch macht es Sinn, bestehende Rechtsakte einem Fitness-Check zu unterwerfen und die Arbeitszeitrichtlinien hinsichtlich ihrer Details einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Genauso wenig glauben wir an die Vergemeinschaftung der Sozialpolitik, wie dies Teile des Europäischen Parlaments, die deutschen LINKE und gewichtige Kreise in der Sozialdemokratie fordern. In dem Augenblick, in dem Frankreich sich an der deutschen Wirtschaftspolitik orientiert, um mehr Wachstum zu erzeugen, wäre es geradezu widersinnig, die verfehlten französischen Konzepte zur europäischen Norm zu erheben. Eine solche „Sozialunion“ mit europäischem Mindestlohn, europäischer Wochenarbeitszeit und europäischem Kündigungsschutz würde nur mehr Schwierigkeiten für Arbeitslose bringen und letztlich zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Auch die zahlreichen Berichts- und Koordinierungspflichten auf europäischer Ebene müssen nicht ausgebaut, sondern aufs Wesentliche konzentriert werden. Dazu gehört die Jugendgarantie, die den richtigen Weg einschlägt, um eine der größten Herausforderungen in vielen Mitgliedstaaten anzupacken. Hier setzen sich die Liberalen dafür ein, dass diese neuen Instrumente effektiv genutzt werden. Insbesondere gute Beispiele aus Deutschland, Finnland und anderen Staaten zur dualen Ausbildung sowie zu Betriebspartnerschaften zeigen, dass man durch Austausch von „best practice“ durchaus etwas erreichen kann.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein hohes Gut. Liberale beteiligen sich nicht an der Verdammung von Einwanderung. Trotzdem muss der Missbrauch von Sozialsystemen verhindert werden. Folglich darf Scheinselbständigkeit nicht toleriert werden. Es gilt daher, die geltenden EU-Regeln konsequent durchzusetzen, nicht aber populistisch deren Ersetzung durch Quoten das Wort zu reden. Die EU ist nicht die Schweiz und darf es in dieser Hinsicht auch nicht werden. Oder wollen wir etwa Quoten für deutsche Studierende in den Hochschulen Österreichs, Quoten für deutsche HandwerkerInnen in Benelux oder Quoten für deutsche RentnerInnen in Spanien oder Italien? Liberale sehen hier den größeren Zusammenhang und lehnen daher eine kurzfristige Stimmungsmache entschieden ab.

STRAFRECHTSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Die EU-Strafrechtspolitik ist ein eher junges Themenfeld. Denn ursprünglich galten die EU-Verträge hier nicht oder nur sehr rudimentär; erst nach und nach wurde das Strafrecht zu einem Gegenstand des „normalen“ EU-Gesetzgebungsverfahrens. So kann das Europäische Parlament erst seit 2009 über strafrechtliche EU-Gesetze mitbestimmen; vorher entschieden hier nur die EU-Mitgliedstaaten, und dies einstimmig.

Durch die möglichst weitgehende gegenseitige Anerkennung von Justizentscheidungen anderer Länder möchte die EU erreichen, dass Urteile, Beweisbeschlüsse oder auch Haftbefehle genauso frei in Europa zirkulieren können wie Bananen oder Fernseher. Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung ist das gegenseitige Vertrauen in die rechtstaatliche Qualität der nationalen Systeme. Denn wenn wir in Deutschland die Entscheidung eines Gerichts aus Österreich, Frankreich oder Rumänien genauso selbstverständlich vollziehen wollen wie deutsche Urteile, dann müssen wir davon überzeugt sein, dass das ausländische Gericht genauso unparteiisch und rechtsstaatlich einwandfrei agiert wie ein deutsches Gericht.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Um gegenseitiges Vertrauen zu stärken, hat die EU in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen Mindeststandards gesetzt, also Mindest-Harmonisierungen vorgenommen. Dafür haben wir Liberalen uns besonders stark eingesetzt. So ist nun europäisch garantiert, dass Beschuldigte im Strafverfahren frühzeitig anwaltlichen Beistand erhalten und vertrau-

lich kommunizieren können. Ist ein/e EU-BürgerIn der Verfahrenssprache nicht mächtig, so garantiert eine EU-Richtlinie, dass ihm/ihr ein/e DolmetscherIn zur Seite steht und wichtige Verfahrensdokumente (wie etwa die Anklageschrift oder ein Haftbefehl) schriftlich übersetzt werden. Die Liberalen werden auch weiterhin für eine Stärkung der Rechte der BürgerInnen kämpfen, damit wir in ganz Europa einen vergleichbar hohen Schutzstandard bekommen wie in Deutschland der Fall.

Die EU-Kommission hat im Sommer 2013 vorgeschlagen, eine europäische Staatsanwaltschaft zu gründen, die sich um Straftaten zulasten der finanziellen Interessen der EU kümmern soll, also vor allem um Betrug im Zusammenhang mit EU-Geldern. Die dahinter stehende Idee leuchtet ein: Nur wenn von Zypern bis Nordfinland in gleich strenger Weise EU-SubventionsbetrügerInnen verfolgt und zur Rechenschaft gezogen werden, können auch in ganz Europa derartige Straftaten effektiv verhindert bzw. vermindert werden. Das ist wichtig, denn schließlich geht es darum, unser Geld sinnvoll und bestimmungsgemäß auszugeben. Trotzdem ist hier falsche Eile kontraproduktiv: Die Vorstellung, dass ein/e EU-Staatsanwalt/Staatsanwältin in Deutschland ermittelt und Anklage erhebt, ist nicht nur für viele BürgerInnen gewöhnungsbedürftig. Sie bedeutet auch einen einschneidenden Eingriff in die nationale Souveränität. Das geht nur, wenn der Rechtsschutz der BürgerInnen gegenüber der EU-Staatsanwaltschaft mindestens ebenso hoch und gut ausgeprägt ist wie gegenüber der nationalen Staatsanwaltschaft. Wir Liberale kämpfen daher dafür, dass unsere hohen deutschen Verfahrensstandards ungeschmälert übernommen werden.

Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Gesetze im Bereich der EU-Strafrechtspolitik daraufhin überprüft werden, ob sie tatsächlich in ausreichender Weise die Freiheits- und Grundrechte der EU-BürgerInnen respektieren und verwirklichen helfen. So hat der Europäische Haftbefehl zwar dazu geführt, dass Kriminelle EU-weit effektiv verfolgt werden können. Auf der Strecke blieb allerdings das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Erlässt eine spanische oder niederländische Richterin einen EU-Haftbefehl, so müssen die deutschen Behörden diesen auch dann vollziehen, wenn er nach deutschen Maßstäben unverhältnismäßig wäre (zum Beispiel beim Diebstahl von geringwertigen Gegenständen). Das gleiche Problem gibt es bei EU-weiten Beweiserhebungen. Ob es verhältnismäßig ist, eine Wohnung zu durchsuchen oder ein Telefon abzuhören, das muss zum Schutz unserer BürgerInnen nicht nur die anordnende, sondern auch die vollziehende Behörde prüfen dürfen. Deutschen Behörden darf also auch nicht Zukunft nicht verwehrt werden, bei krassem Missverhältnis zwischen Anlass und Maßnahme die Vollziehung zu verweigern.

UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Menschen haben die Natur und Umwelt, in der wir heute leben, geprägt und sie tun es weiterhin. Diese Eingriffe sollten möglichst gering sein, damit die Artenvielfalt gewahrt bleibt und unsere Gewässer, Böden und die Luft nicht unnötig verunreinigt oder gar bleibend geschädigt werden. Umwelt- und Naturschutz sind eine Gemeinschaftsaufgabe der EU, denn Umweltbeeinträchtigungen machen naturgemäß nicht an Grenzen halt und die EU-BürgerInnen leiden gleichermaßen unter Umweltproblemen in ihrer Region.

Die EU setzt hier seit den 1970er Jahren hohe Standards und Rechtsgrundlagen für die BürgerInnen und Unternehmen in allen Mitgliedstaaten. Diese werden vor Ort allerdings höchst unterschiedlich umgesetzt. Die gemeinschaftlichen Vorhaben der EU werden in sogenannten Umweltaktionsprogrammen zusammengefasst. Seit 2013 läuft bereits das 7. Umweltaktionsprogramm der EU mit dem Namen „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“. Darin sind unter anderem vorgesehen, umweltschädliche Subventionen abzubauen, Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen einzubringen, den Schutz, des „Naturkapitals“ Luft, Wasser, Boden zu verbessern sowie den Übergang zu einem ressourceneffizienten, umweltschonenden und wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaftssystem voranzutreiben.

Anwendungsbeispiel europäischer Umweltpolitik ist beispielsweise die Flora-Fauna-Habitat Richtlinie aus dem Jahr 1992, die die Sicherung des Fortbestands wildlebender Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensräume und die europaweite Vernetzung dieser Lebensräume vorantreibt. Ein anderes

Beispiel ist die Ökodesign-Richtlinie aus 2009. Deren Ziel ist es, Energie und andere Ressourcen bei Herstellung, Betrieb und Entsorgung bestimmter Produkte einzusparen, umweltgerechte Gestaltung zu forcieren und mit der Angleichung der Rechtsvorschriften und dem Abbau technischer Handelshemmnisse den Binnenmarkt zu fördern. Bekanntester Anwendungsfall ist eine Verordnung zum Ersatz von klassischen Glühlampen durch Energiesparlampen. Bei jeder Produktgruppe (Kühl- und Gefrieranlagen, Staubsauger, Heizkessel, Drucker, etc.) wird einzeln von Experten geprüft, ob und wie EU-weite gemeinsame Vorschriften für Effizienz oder Ausstattung einen Markteingriff rechtfertigen. Leider ist gut gemeint nicht immer auch gut gemacht, wie die Debatten um die Energiesparlampen, um wassersparende Duschköpfe oder leistungsreduzierte Hausstaubsauger belegen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Bevormundungsmaßnahmen wie Verbote von Glühlampen oder Heizpilzen lehnen wir Liberalen ab. Wer Energie einkauft, sollte einen Anreiz zum Sparen haben, aber keine Vorschriften bekommen, wie er Energie verwenden darf.

In der Umweltpolitik setzen wir Liberale auf Innovation, neue Technologien und verantwortungsbewusste BürgerInnen. Verbote wollen wir nicht. Nur so sichern wir unseren Kindern eine intakte Umwelt und Ressourcenvielfalt. Außerdem gehen wir davon aus, dass die EU als Exporteurin von Ideen und Innovationen auch weltweit dazu beiträgt, Umweltressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und damit die Lebensqualität aller Menschen zu verbessern.

VERKEHRSPOLITIK

PKW-MAUT FÜR DEUTSCHLAND

→ WORUM GEHT ES?

Die neue Bundesregierung will auf Drängen der CSU eine Straßenmaut für PKWs einführen, die nur für AusländerInnen gilt und gaukelt den WählerInnen vor, dass dies europarechtskonform sei.

In 13 EU-Staaten, d.h. knapp der Hälfte der Staaten, wird gar keine allgemeine PKW-Maut erhoben. 8 Staaten erheben eine streckenbezogene PKW-Maut auf Autobahnen; dies werden die meisten vom Urlaub in Frankreich, Spanien oder Italien her kennen. Auch die LKW-Maut in Deutschland („Toll Collect“) ist eine solche Maut. Gerade einmal 7 EU-Staaten erheben eine allgemeine PKW-Maut auf dem Weg einer Vignette, so z.B. Österreich.

Das EU-Recht überlässt es den Mitgliedstaaten, ob sie eine Maut einführen wollen und wenn ja, welche. Das ist gut so. Das EU-Recht stellt aber auch eine glasklare Bedingung: Alle EU-BürgerInnen sind gleich zu behandeln – niemand darf –diskriminiert werden. So steht es im EU-Vertrag. Wenn Deutschland eine PKW-Maut einführt, so ist diese von Deutschen genauso zu bezahlen wie von BürgerInnen aus Österreich oder Polen. Wer etwas anderes behauptet, führt die Leute hinters Licht. Ähnliche Diskriminierungsversuche wurden vom Europäischen Gerichtshof in der Vergangenheit (z.B. Brennerautobahn) bereits zu Fall gebracht.

Auch bei der CSU beliebte Taschenspielertricks, wie eine einheitliche Gebühr von allen AutofahrerInnen zu verlangen, aber Deutschen die Gebühr auf anderem Wege (etwa einer

Steuererleichterung) zurückzuerstatten, sind rechtlich nicht zulässig. Im Übrigen widerspricht dies auch dem europäischen Geist von grenzfreier Nachbarschaft und birgt die Gefahr, dass ein solches Modell auch auf andere Bereiche ausgedehnt wird. So spielt Österreich angesichts vieler deutscher Studierender an seinen Universitäten bereits mit dem Gedanken, Semestergebühren für alle einzuführen, aber diese den österreichischen Studierenden zurückzuerstatten.

Dieses Europa à la carte ist mit der FDP nicht zu machen. Es versucht, bereits abgeschaffte Grenzen wieder zu errichten, die wir über Jahrzehnte mühsam eingerissen haben. Nicht zu vergessen: nur 5% der Fahrzeuge auf deutschen Autobahnen kommen aus dem Ausland. Mit den Mauteinnahmen von ausländischen Fahrzeugen ließen sich nicht mal die Verwaltungskosten des Mautsystems decken. In Österreich beispielsweise liegen diese bei 9% – die wahre Rechnung würden am Ende also doch die deutschen AutofahrerInnen zahlen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die FDP spricht sich gegen eine generelle PKW-Maut auf deutschen Autobahnen aus. Bevor man über eine PKW-Maut nachdenkt, muss man erstmal dafür sorgen, dass die LKW-Maut und die Mineralölsteuer auch tatsächlich für den Unterhalt und Ausbau der Verkehrswege ausgegeben werden, wie ursprünglich vorgesehen und nie umgesetzt.

Zur Finanzierung bestimmter Verkehrsprojekte – etwa eines privat vorfinanzierten Tunnels – mag eine konkret hierauf bezogene Abgabe sinnvoll sein. Eine generelle PKW-Maut widerspricht aber unserer Vorstellung eines freien und welt-offenen Landes. Ganz besonders lehnen wir jeden Versuch ab, eine PKW-Maut einzuführen, die dem Geist und Recht der EU widerspricht. Dies schadet unserem Ansehen in Europa und nicht zuletzt auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland, der für alle VerkehrsteilnehmerInnen attraktiv sein muss.

SINGLE EUROPEAN SKY

→ WORUM GEHT ES?

Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein, heißt es. Nicht so über Europa. Für den Luftraum über der EU sind 28 nationale Flugsicherungen zuständig – jede mit ihren eigenen Regeln und Protokollen (teilweise noch aus den 1950er Jahren) und einer Zuständigkeit bis zur Landesgrenze. Das behindert den Luftverkehr und verursacht erhebliche Zusatzkosten für die Fluggesellschaften.

Schätzungsweise € 5 Milliarden könnten jährlich eingespart werden, wenn man nationale Luftverkehrs-Egoismen in Europa überwinden würde. Dazu gehören auch unzählige militärische Sperrgebiete, die bis heute umflogen werden müssen. Nachdem von jedem gekauften Flugticket 6-12% an die Flugsicherung gehen, würde sich ein einheitlicher europäischer Luftraum in konkreten Ersparnissen für Flugreisende positiv bemerkbar machen. Zum Vergleich: die USA haben nur eine Flugsicherung und wickeln mit nur einem Drittel der Kontrollzentren doppelt so viele Flüge zu den gleichen Kosten ab.

Der derzeitige Flickenteppich bei der Flugsicherung belastet durch unnötige Umwege und Warteschleifen nicht nur den Geldbeutel, sondern auch unsere Umwelt. Mit einem einheitlichen Luftraum wäre jeder Linienflug in Europa im Schnitt 42km kürzer – und die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs könnten um 10% gesenkt werden.

Als der isländische Vulkan Eyjafjallajökull mit seiner Aschewolke im Jahr 2010 für eine Woche große Teile des europäischen Luftraums lahmlegte, herrschte heillooses Durcheinander. Während über dem einen EU-Staat geflogen werden

durfte, war ein paar Kilometer weiter über dem Nachbarstaat der Luftraum gesperrt – und das obwohl die Aschenkonzentration die gleiche war. Mit einem einheitlichen europäischen Luftraum hätte man sich enorme Kosten und viel Ärger bei den Fluggästen sparen können.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Wir wollen den einheitlichen europäischen Luftraum endlich verwirklichen. Dafür bedarf es verstärkter Anstrengungen aller Beteiligten. Der Ball liegt momentan im Feld der Mitgliedstaaten, die eine Einigung verzögern. Die Zeit drängt, denn die Zahl der Flüge wächst jeden Tag. Bei weiteren Verzögerungen müssen Vertragsverletzungsverfahren gegen die beteiligten Staaten angestrengt werden. Der europäische Netzmanager (Eurocontrol) muss starke Durchgriffsrechte bekommen und die Europäische Luftsicherheitsbehörde mit Sitz in Köln (EASA) weiter ausgebaut werden. Das SESAR-Forschungsprogramm muss die technischen Grundlagen für einen einheitlichen Luftraum liefern und seine Ergebnisse zügig umgesetzt werden.

VERKEHRSSICHERHEIT

→ WORUM GEHT ES?

Trotz ständig steigenden Verkehrsaufkommens ist Reisen in Europa heute so sicher wie nie zuvor. Die EU hat die Normen zur Verkehrssicherheit auf hohem Niveau harmonisiert. Hierzu gehören beispielsweise einheitliche Regeln für die zulässigen Lenkzeiten von Bus- und BrummifahrerInnen oder PilotInnen, die z.B. bei Fahrzeugen durch automatische Fahrtenschreiber kontrolliert werden.

Insbesondere die Flugsicherheit lässt sich sinnvoll nur auf der europäischen Ebene regeln. So ist es die Europäische Agentur für Flugsicherheit mit Sitz in Köln, die die Zulassung für das Inverkehrbringen neuer Flugzeugtypen erteilt. Hierzu gehört auch der Airbus A380 – das größte Passagierflugzeug der Welt – das erst nach aufwändigen Tests die Genehmigung erhielt, abzuheben und Menschen zu befördern. Für zusätzliche Sicherheit sorgt die regelmäßig aktualisierte „schwarze Liste“, die konkret die Fluggesellschaften benennt, die aufgrund mangelnder Sicherheitsstandards nicht in den europäischen Luftraum einfliegen dürfen.

Maßstäbe hat die EU auch bei der Erhöhung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr gesetzt. Schon heute ist das Europäische Zugverkehrsmanagementsystem ERTMS Standard auf europäischen Hochgeschwindigkeitsstrecken. Konkret sorgt es dafür, dass Unfälle auf diesen Strecken nur noch sehr selten vorkommen, beispielsweise durch Systeme zur automatischen Geschwindigkeitsverringern. Trotzdem gibt es immer noch 18 verschiedene Leit- und Sicherungssysteme für Eisenbahnen in der EU. Wir Liberale wollen deshalb, dass das ERTMS-System schrittweise auch auf andere Strecken ausgeweitet wird.

Im Bereich der Seeschifffahrt herrschen schon seit langem europäische Sicherheitsstandards, gerade auch bei Fahrgastschiffen und Autofähren. Diese betreffen die Mindestintervalle zur Prüfung der Seetüchtigkeit ebenso wie die erforderliche Ausrüstung und die gegenseitige Anerkennung entsprechender Zeugnisse. Erste Schritte hat die EU auch bei der Harmonisierung von Standards im Straßenverkehr unternommen. Hierzu gehören beispielsweise einheitliche Sicherheitsstandards für Straßentunnel, die nach und nach auch bei Altbauten umgesetzt werden.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Gemeinsame Sicherheitsstandards in der EU einzuführen ist richtig und wichtig, denn ohne sie kann ein gemeinsamer Binnenmarkt nicht funktionieren. Wir wollen, dass alle BürgerInnen europaweit darauf vertrauen können, dass das von ihnen gewählte Verkehrsmittel den höchsten Sicherheitsanforderungen entspricht. Die konkrete Umsetzung und Kontrolle dieser Regeln muss im Sinne der Subsidiarität auch weiterhin Angelegenheit der Mitgliedstaaten bleiben.

WÄHRUNGSUNION

→ WORUM GEHT ES?

Der Euro ist die gemeinsame Währung der Mitgliedstaaten der Eurozone. Von den 28 EU-Mitgliedstaaten haben sich alle außer Großbritannien und Dänemark verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie alle Beitrittskriterien erfüllen. Seit 1999 haben bisher 18 Länder mit 333 Millionen KonsumentInnen den Euro eingeführt – für sie fallen damit alle Wechselkursschranken weg. Die Währungsunion stellt eine Vertiefung der bereits durch den Binnenmarkt herbeigeführten wirtschaftlichen Integration dar. Gleichzeitig ist der Euro auch Symbol für eine Vertiefung der politischen Integration. Die unabhängige Europäische Zentralbank (EZB) ist für die Geldpolitik des gesamten Währungsraums verantwortlich und nur dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet.

Der Wegfall von Wechselkursen erleichtert den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie den grenzüberschreitenden Transfer von Kapital. Reisen innerhalb der Eurozone sind billiger und einfacher geworden, da der Geldumtausch und die entsprechenden Umtauschgebühren weggefallen sind. Preisvergleiche im Urlaubsland sind schneller, da nicht mehr umgerechnet werden muss. Auch im Internet sind grenzüberschreitende Preisvergleiche einfacher geworden und fördern den Wettbewerb. Die meisten VerbraucherInnen in der EU können heute im Internet die Preise in Euro vergleichen, ohne umrechnen zu müssen. Die Gebühren für Überweisungen sind im grenzüberschreitenden Zahlungsraum (SEPA) auf das Niveau von Inlandsüberweisungen gesunken.

Fehlende Wechselkursschwankungen haben mehr Planungssicherheit für InvestorInnen und KapitalanlegerInnen geschaffen. Dies fördert Investitionen und damit Arbeitsplätze. Durch die Währungsunion sind Währungsabwertungen durch unsere Handelspartner in der Eurozone zu ihren Gunsten nicht mehr möglich. Dadurch können deutsche Exporte nicht

mehr durch Währungsschwankungen künstlich verteuert werden. Die Währungsunion hat Europa mehr Geldwertstabilität gebracht, da die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Deutschen Bundesbank auf die EZB übertragen wurde.

Die globale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise in einigen Ländern der Eurozone haben die Währungsunion jedoch vor große Herausforderungen gestellt. Die Krise hat gezeigt, dass die Währungsunion nur dann als Stabilitätsunion überleben kann, wenn alle beteiligten Mitgliedsstaaten international wettbewerbsfähig sind und die Regeln des Stabilitätspakts einhalten. Die internen Ungleichgewichte müssen u.a. durch Reformen der Arbeitsmärkte und durch Liberalisierung der Dienstleistungs- und Produktmärkte beseitigt werden. Die Währungsunion kann nur dann dauerhaft stabilisiert werden, wenn die Grundprinzipien einer Stabilitätsgemeinschaft, insbesondere der Ausschluss einer Verpflichtung zur gegenseitigen Budgethilfe der Eurostaaten (no-bail-out-Klausel) wieder respektiert wird. Kein Land muss für die Schulden eines anderen haften. Alle Länder müssen durch Haushaltsdisziplin und eine nachhaltige Fiskalpolitik ihre eigene Schuldentragfähigkeit und damit ihre Glaubwürdigkeit an den Finanzmärkten sicherstellen, um sich eigenständig refinanzieren zu können.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Unser wichtigstes Ziel ist es, die Stabilitätsunion nachhaltig zu sichern. Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen daher wirksam geahndet werden. Die jüngste Reform des Paktes gibt der Europäischen Kommission stärkere Instrumente an die Hand, um gegen Haushalts-sünder vorzugehen. Dazu zählen das Eingreifen in die nationale Haushaltsplanung bevor es zu übermäßigen Defiziten kommt, die Vorlage der Haushaltsentwürfe bei der Kommission, bevor diese von den heimischen Parlamenten beschlossen werden, die Anwendung des Defizitverfahrens auch bei

nicht-planmäßigem Schuldenabbau (neben dem Defizitabbau) und quasi-automatische Strafen. Darüber hinaus gibt es ein neues Verfahren zur Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten das ebenfalls quasi-automatische Sanktionsmöglichkeiten umfasst. Daneben wurde der Fiskalpakt verabschiedet, der Haushaltsdefizite nach einer Übergangszeit im Prinzip ausschließt. Zu dessen Umsetzung müssen alle Unterzeichnerstaaten nationale Schuldenbremsen gesetzlich verankern. All diese Maßnahmen entsprechen der liberalen Forderung die Währungsunion als Stabilitätsunion auch durch Haushaltsdisziplin zu sichern. Wir haben also schon viel erreicht. Alle Instrumente müssen nun konsequent angewendet werden. Die Kommission trägt dabei eine große Verantwortung, dies ohne politische Rücksichtnahme auch zu tun.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, den institutionellen Rahmen der Währungsunion weiterzuentwickeln, um gegen zukünftige Krisen besser gewappnet zu sein. Die Vertiefung der Währungsunion erfordert vor allem mehr fiskalpolitische Integration, die auch mit der Aufgabe nationaler haushaltspolitischer Souveränität verbunden ist. Dazu muss die demokratische Legitimation auf europäischer Ebene verstärkt werden. Dazu sollte das Europäische Parlament mehr Kontrollrechte in Fragen der Währungsunion erhalten.

Was wir jedoch nicht wollen, ist die von einigen geforderte Vergemeinschaftung von Schulden. Jedes Land muss auch in Zukunft für seine eigenen Schulden einstehen. Haushaltspolitisches Handeln und Haftung müssen miteinander verbunden bleiben. Im Gegensatz zu Grünen und Sozialdemokraten lehnen wir daher einen Altschuldentilgungsfonds oder Eurobonds ab.

WELTRAUMPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Die Raumfahrt ist eines der faszinierendsten Abenteuer der Menschheitsgeschichte. Mit der Europäischen Raumfahrtagentur ESA spielt Europa an vorderster Front mit. Mit spektakulären Missionen wie der Landung auf dem Saturnmond Titan oder der bevorstehenden Landung der Sonde Rosetta auf einem Kometen schreibt Europa Raumfahrtgeschichte. Ebenso wie die EU selbst ist die internationale Raumfahrt ein Friedensprojekt. Noch vor 20 Jahren hätte es niemand für möglich gehalten, dass Europa, Russland und die USA eine gemeinsame Raumstation im All betreiben oder dass russische Soyuz-Raketen vom europäischen Weltraumbahnhof in Kourou starten. Europa ist Deutschlands Ticket ins All – der deutsche Astronaut Alexander Gerst startet im Mai 2014, um ein halbes Jahr im Weltraum zu verbringen.

Vom Funksignal unserer Uhren zur Wettervorhersage, von der Live-Übertragung der Fußball-WM zum Navi im Auto: es gibt kaum einen Aspekt unseres Alltags, in dem Satelliten keine Rolle spielen. Auch die deutsche Wirtschaft profitiert von der europäischen Raumfahrt unmittelbar. Das Weltraumkontrollzentrum in Darmstadt ist das europäische „Houston“ und das europäische Astronautentrainingszentrum befindet sich in Köln. Bremen ist einer der wichtigsten Cluster Europas im Bereich der Satellitentechnologie und auch an vielen anderen Standorten, etwa Köln oder München, hängen tausende Hochtechnologie-Jobs von der Raumfahrt ab.

Ganz aktuell befindet sich derzeit das Erdbeobachtungssystem Copernicus – früher unter dem Akronym GMES bekannt – im Aufbau. Die ersten Satelliten werden dieses Jahr ins All geschossen. Es wird das global führende System zur Beobachtung globaler Umweltveränderungen werden und künftig beim Krisenmanagement eine wichtige Frühwarnfunktion, etwa bei Hochwasser und Waldbränden, einnehmen.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die Raumfahrt ist und bleibt ein kostspieliges und risikoreiches Unterfangen, das kein Mitgliedsstaat allein stemmen könnte. So verwundert es nicht, dass die Raumfahrt zu den ältesten Feldern europäischer Integrationspolitik gehört. Die Liberalen sind der Überzeugung, dass – trotz aller begrüßenswerten internationalen Kooperation – Europa auch weiterhin einen eigenen, von Drittstaaten unabhängigen Zugang zum Weltraum haben muss.

Die FDP steht zur bemannten und unbemannten Raumfahrt. Es waren liberale Wirtschaftsminister, die die europäische Weltraumpolitik maßgeblich vorangebracht haben. Wir unterstützen die strategischen Programme der Europäischen Raumfahrtagentur ESA und hier insbesondere die Entwicklung des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo und des Erdbeobachtungsprogramms Copernicus. Gleichzeitig unterstützen wir die weitere Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums. Wir wollen die europäische Raumfahrt im globalen Wettbewerb weiter stärken. Hierzu muss sie in Zeiten knapper werdender öffentlicher Haushaltsmittel noch effizienter werden. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, noch stärker als bisher private Anbieter an der Raumfahrt zu beteiligen.

GALILEO

→ WORUM GEHT ES?

Ohne Satellitennavigation ist unsere moderne Gesellschaft nicht vorstellbar. Ob Navi im Auto oder die Steuerung von Flugzeugen und Schiffen: dank Satellitentechnik lässt sich unsere Position exakt feststellen. Nach Schätzungen der EU-Kommission verdanken wir bereits rund 7% des Brutto sozialprodukts der EU unmittelbar der Satellitennavigation.

Angesichts der steigenden Bedeutung dieses Technologiesektors wird bereits seit mehreren Jahren das Satellitennavigationsystem Galileo von der EU und der Europäischen Raumfahrtagentur ESA als europäische Antwort auf das US-amerikanische Global Positioning System (GPS) entwickelt. Die NSA-Affäre hat deutlich werden lassen, wie sensibel es ist, wenn sich Europa in die Hände im europäischen Ausland gestützter Datensysteme begibt. Unsere Ortungsdaten liefern wir mit GPS frei Haus. Auch Russland entwickelt derzeit sein eigenes Satellitennavigationssystem namens GLONASS; China und Japan folgen.

Doch das amerikanische Militär kann GPS jederzeit abschalten oder im Konfliktfall die Ortungsgenauigkeit verringern. Ein Vorteil von Galileo ist, dass dieses System nicht unter militärischer Kontrolle steht. Um Missverständnissen vorzubeugen: GPS ist sehr nützlich und Europa hat mit EGNOS ein System entwickelt, das die GPS-Signale verbessert. Aber wir sollten uns nicht nur von GPS abhängig sein.

Galileo, GPS und GLONASS werden untereinander kompatibel sein und zusammenschaltet Ortungsgenauigkeiten im Bereich von wenigen Zentimetern erreichen können. Durch die große Anzahl der Galileo-Satelliten wird das Signal wesentlich leichter empfangbar sein, auch in unwegsamen

Gelände wie z.B. Schluchten. Kontrolliert wird das System maßgeblich vom oberbayrischen Oberpfaffenhofen aus.

Die ersten von insgesamt 30 Galileo-Satelliten sind bereits im Orbit stationiert. € 5 Milliarden Investitionen bis 2020 stehen nach Studien rund € 90 Milliarden Gewinn gegenüber, die Galileo in den ersten 20 Betriebsjahren der Wirtschaft in der EU bringen soll. Gleichzeitig wird dieses steuerfinanzierte System für Privatpersonen wie Unternehmen kostenfrei nutzbar sein. Schon heute ist es möglich, satellitengestützte Landwirtschaft zu betreiben. Traktoren mit einem Galileo-Empfänger an Bord werden Dünger oder Pestizide mit metergenauer Präzision einsetzen können. Das spart Kosten für die LandwirtInnen und schont die Umwelt.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die FDP drängt seit Jahren auf eine rasche Umsetzung des Galileo-Programms und hat sich für die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel eingesetzt. Deutschland profitiert wie kein anderes Land von Galileo – nicht nur durch die vorgesehenen Anwendungen, sondern auch unmittelbar: gebaut werden die Galileo-Satelliten in Bremen, wodurch deutsche Jobs in der Zukunftsbranche Raumfahrt erhalten und neu geschaffen werden.

WETTBEWERBSPOLITIK

→ WORUM GEHT ES?

Der Europäische Binnenmarkt kann nur richtig funktionieren, wenn für unverfälschten Wettbewerb zwischen Unternehmen gesorgt ist. Eine starke europäische Wettbewerbspolitik schützt die VerbraucherInnen vor überhöhten Preisen, fördert Angebotsvielfalt, Produktinnovation und kann zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Ein Mehr an Wettbewerb macht übermäßige Regulierung durch den Staat überflüssig und europäische Unternehmen fit für den globalen Wettbewerb.

Europäisches Wettbewerbsrecht gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission sorgt als supranationale Organisation für unverfälschten Wettbewerb im ganzen Binnenmarkt. Sie kann Entscheidungen direkt gegenüber europäischen Unternehmen treffen. In der Vergangenheit konnte die Kommission immer wieder marktschädigende Kartelle aufdecken. Auch überprüft die Kommission große Unternehmensfusionen, um zu verhindern, dass einzelne Firmen zu stark werden und zu Lasten der VerbraucherInnen neue Monopole entstehen. Durch übermäßige staatliche Subventionen kann der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt stark verzerrt werden.

Im Rahmen der Bankenkrise hat die EU-Kommission als Wettbewerbsbehörde staatliche Beihilfen an Banken in Europa im Umfang von über € 5 Billionen geprüft und genehmigt. Im Gegenzug hat sie viele Banken zu harten Restrukturierungen gezwungen; einige Banken wurden auf Druck der Kommission abgewickelt (etwa die WestLB). Gleichzeitig hat die Kommission Absprachen zwischen Banken über Referenzzinssätze (Libor) und Produktkonditionen (Credit Default Swaps) unter dem Kartellverbot untersucht und bestraft.

→ WAS WOLLEN WIR LIBERALE FÜR EUROPA?

Die FDP setzt sich für eine starke Wettbewerbspolitik in Europa ein. Die EU-Kommission muss im Interesse aller VerbraucherInnen weiterhin konsequent durchgreifen und nationalstaatliche Einflussnahme weitestgehend verhindern.

Die FDP erteilt einer europäischen Industriepolitik à la française eine klare Absage. Nicht nationale oder europäische „Champions“, deren Größe mit einer Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Heimatmarkt erkaufte wird, werden im globalen Wettbewerb bestehen, sondern diejenigen Unternehmen, die auch zu Hause starker Konkurrenz ausgesetzt sind. Es sollten daher vergleichbare Spielregeln für alle gelten, auch für große US-Konzerne wie Apple, Google und Facebook. Wo diese eine überragende Marktstellung missbrauchen, kann nur die EU-Kommission wirksam Einhalt gebieten.

Die FDP setzt sich dafür ein, staatlichen Subventionen konsequent einen Riegel vorzuschieben. Hier muss in Zukunft noch stärker Druck ausgeübt werden, damit marode Betriebe nicht künstlich am Leben erhalten werden, sondern in die Zukunft investiert wird.

Die FDP setzt sich auch für eine weitere, konsequente Liberalisierung verkrusteter Strukturen ein. So ist im Bereich der Energie- und Gasmärkte noch viel politischer Druck aus Brüssel notwendig, um auch in diesen Sektoren wirklich dauerhafte Erfolge zum Wohle der BürgerInnen zu erzielen.

Wettbewerbspolitik muss auch EU-weite Schadenersatzklagen für Opfer von Kartellen und Marktmissbrauch ermöglichen. Wir wollen keine „amerikanischen Verhältnisse“, wo die Klagewut überhandnimmt und Unternehmen sich aus Furcht vor enormen Schadenersatzforderungen quasi selbst zensieren. Stattdessen kämpfen wir für vernünftige Regelungen, die VerbraucherInnen die Geltendmachung ihrer Schäden erleichtern.

UNSER HERZLICHER DANK GILT ALLEN, DIE EHREN-
AMTLICH AN UNSEREM ARGUMENTEKATALOG 2014
MITGEARBEITET HABEN:

Claus-Peter Appel	Vicky Kloppenburg
Andrea van Arkel	Dennis Kredler
Elisabeth Bauer	Christian Krökel
Dr. Bertold Bär-Bouyssièr	Dr. Ellen Madeker
Andreas von Bonin	Dr. Jan Marco Müller
Dr. Torsten Brand	Marc Naether
Alba Çako	Friedrich Nagel
Hubertus Craz	Dr. Olaf Prüßmann
Philip Drauz	Marco Rupp
Dr. Detlef Eckert	Tibor Scharf
Diana Gierstorfer	Nora Scherer
Philipp Hansen	Susan Schneider
Maxim Hauk	Frederik Schumann
Axel Heyer	Andreas Striegnitz
Prof. Dr. Frank Hoffmeister	Thomas Reiter
Dr. Hans-Dieter Holtzmann	Gunnar Wiegand
Lucas Josten	Jürgen Winkler

Eine Wiedergabe, auch auszugsweise, ist nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber: Auslandsgruppe Europa der FDP (AGE)

Vorsitzende: Dr. Ellen Madeker

Geschäftsführer: Dr. Torsten Brand (LL.M. eur.)

Jean Laudylaan 17 | B-1200 Brüssel

Tel.: +32-(0)485-332899 | Fax: +32-(0)2-7364804

bruessel@fdp-europa.eu

www.fdp-europa.eu



WWW.FDP-EUROPA.DE